

Vorlage – zur Beschlussfassung –

Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2021 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Hauptverwaltung und für die Bezirke

Der Senat von Berlin
Fin II B 23 - H1220-1/2022-1-5
Tel.: 9020 (920) 4132

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Vorblatt

Vorlage - zur Beschlussfassung -

über die nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2021 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Hauptverwaltung und für die Bezirke

A. Problem

Im Haushaltsjahr 2021 traten unabweisbare und unvorhergesehene Finanzierungsbedürfnisse auf, für deren Erfüllung die im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nicht ausreichten. Insoweit mussten über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen (Haushaltsüberschreitungen) zugelassen werden.

B. Lösung

Nach Art. 88 Abs. 2 der Verfassung von Berlin ist für Haushaltsüberschreitungen die nachträgliche Genehmigung des Abgeordnetenhauses einzuholen.

C. Alternative / Rechtsfolgenabschätzung

keine

D. Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter

keine

E. Kostenauswirkungen auf Privathaushalte und/oder Wirtschaftsunternehmen

keine

F. Gesamtkosten

Die zugelassenen und in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Hauptverwaltung und in den Bezirken in Höhe von insgesamt 602.059.627,09 € sind Bestandteil des Haushaltsergebnisses 2021. Die aufgrund über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2021 eingegangenen Verpflichtungen in Höhe von 550.779.571,45 € sind, soweit sie sich auf das Haushaltsjahr 2022 beziehen, größtenteils durch veranschlagte Ausgaben gedeckt.

Zu Lasten späterer Haushaltsjahre eingegangene Verpflichtungen werden durch entsprechende Ansätze in den jeweiligen Haushaltsplänen berücksichtigt.

G. Flächenmäßige Auswirkungen

keine

H. Auswirkungen auf die Umwelt

keine

I. Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg

keine

J. Zuständigkeit

Senatsverwaltung für Finanzen

Der Senat von Berlin
Fin II B 23 - H1220-1/2022-1-5
Tel.: 9020 (920) 4132

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Vorlage

- zur Beschlussfassung -

über die nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2021 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Hauptverwaltung und für die Bezirke

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus genehmigt gemäß Artikel 88 Abs. 2 der Verfassung von Berlin (VvB) nachträglich die vom Senat und von den Bezirksämtern zugelassenen, in der vorgelegten Übersicht - Anlage 1 zur Drucksache Nr. 19/0508 enthaltenen Haushaltsüberschreitungen.

A. Begründung:

Im Laufe des Haushaltsjahres 2021 sind Finanzierungsnotwendigkeiten entstanden, für die im Haushaltsplan keine oder keine ausreichenden Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren. Soweit in diesen Fällen auch kein Ausgleich im Wege der Deckungsfähigkeit gemäß § 20 Landeshaushaltsordnung (LHO) geschaffen werden konnte, mussten Mehrausgaben in Form von über- und außerplanmäßigen Ausgaben zugelassen werden. Höhere oder neue Verpflichtungen gegenüber dem Haushaltsplan waren nur als Haushaltsüberschreitungen möglich.

Haushaltsüberschreitungen sind nach Artikel 88 Abs. 1 VvB und §§ 37, 38 LHO nur in Fällen eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses zulässig. Sie bedürfen der nachträglichen Genehmigung des Abgeordnetenhauses (Artikel 88 Abs. 2 VvB, § 37 Abs. 4 LHO), in den Bezirkshaushalten auch der Genehmigung durch die Bezirksverordnetenversammlungen (§§ 37 Abs. 7, 38 Abs. 1 LHO, § 12 Abs. 2 Nr. 1 Bezirksverwaltungsgesetz).

Nach § 37 Abs. 4 LHO sind dem Abgeordnetenhaus in Anspruch genommene über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zur nachträglichen Genehmigung mit Einzelbegründungen vorzulegen, wenn diese den in § 5 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2020/2021 (HG 20/21) festgelegten Betrag von 50.000 € überschreiten. Die entsprechenden Begründungen zu den Haushaltsüberschreitungen sind der Anlage 1 der Abgeordnetenhausvorlage zu entnehmen.

In der Summe haben sich die Haushaltsüberschreitungen für die Hauptverwaltung wie folgt entwickelt:

HHJ	Über- und außerplanmäßige Ausgaben	Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen
2019	390,6 Mio. €	169,6 Mio. €
2020	113,5 Mio. €	368,4 Mio. €
2021	527,3 Mio. €	455,5 Mio. €

Die Haushaltüberschreitungen für die Bezirke stellen sich folgendermaßen dar:

HHJ	Über- und außerplanmäßige Ausgaben	Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen
2019	41,1 Mio. €	17,9 Mio. €
2020	76,7 Mio. €	30,5 Mio. €
2021	74,8 Mio. €	95,3 Mio. €

Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben betragen für das Land Berlin insgesamt 602.059.627,09 € und sind Bestandteil des Haushaltsergebnisses 2021. Die Summe der über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen beläuft sich auf eine Gesamtsumme von 550.779.571,45 €.

Die summarisch zusammengefassten Haushaltsüberschreitungen unterhalb der in § 5 Abs. 3 HG 20/21 festgesetzten Betragsgrenze stellen sich in der Gesamtsumme wie folgt dar:

Angaben in €

Überplanmäßige Ausgaben	Außerplanmäßige Ausgaben	Summe Ausgaben	Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen	Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen	Summe Verpflichtungsermächtigungen
2.348.753,30 (145/309)	2.006.075,11 (169/249)	4.354.828,41 (314/558)	42.000,00 (1/26)	129.500,00 (4/121)	171.500,00 (5/147)

In Klammern: Anzahl der unterschwelligen Fälle / Gesamtfälle

Insgesamt konnten somit 314 von 558 Einzelbegründungen der in Anspruch genommenen Mehrausgaben summarisch in einer Gesamthöhe von 4.354.828,41 € zusammengefasst

werden. Bei den Verpflichtungsermächtigungen entfielen 5 Einzelbegründungen in Höhe von 171.500,00 €.

Entsprechend Nr. A. 1. des Beschlusses über Auflagen zum Haushalt 2020/2021 (Drucksache 18/2400) wurde bei Haushaltsüberschreitungen in grundsätzlichen oder finanziell bedeutsamen Fällen vorab das Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im Laufe des Haushaltsjahres 2021 herbeigeführt.

B. Rechtsgrundlage:

Art. 88 Abs. 2 und 4 VvB, §§ 37, 38 LHO

C. Kostenauswirkungen auf Privathaushalte und/oder Wirtschaftsunternehmen:

keine

D. Gesamtkosten:

Die zugelassenen und in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben der Hauptverwaltung und der Bezirke von 602.059.627,09 € sind Bestandteil des Haushaltsergebnisses 2021. Eingegangene Verpflichtungen im Haushaltsjahr 2021 sind regelmäßig durch veranschlagte Ausgaben gedeckt. Zu Lasten späterer Haushaltsjahre eingegangene Verpflichtungen werden durch entsprechende Ansätze in den Haushaltsplänen der Folgejahre berücksichtigt.

E. Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg:

keine

F. Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

siehe Einzeldarstellung in den Anlagen

b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

G. Flächenmäßige Auswirkungen:

keine

H. Auswirkungen auf die Umwelt:

keine

Berlin, den 06. September 2022

Der Senat von Berlin

Franziska Giffey
Regierende Bürgermeisterin

Daniel Wesener
Senator für Finanzen

Anlagen
zur Vorlage an das Abgeordnetenhaus

I. Übersicht über die im Haushaltsjahr 2021 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen (ab 50.000 €)

II. Wortlaut der zitierten Rechtsvorschriften

Gesamtübersicht

der im Haushaltsjahr 2021 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben
und Verpflichtungsermächtigungen für die Hauptverwaltung und die Bezirke

(Stand: 27.05.2022)

Angaben in EUR

Einzel-Plan	Überplanmäßige Ausgaben	Außerplanmäßige Ausgaben	Summe Ausgaben	Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen	Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen	Summe Verpflichtungsermächtigungen
02	55.695,61	0,00	55.695,61	0,00	0,00	0,00
03	1.087.212,95	7.600.404,29	8.687.617,24	0,00	26.982.000,00	26.982.000,00
05	8.248.463,18	6.157.489,84	14.405.953,02	11.441.089,99	11.125.231,00	22.566.320,99
06	4.100.259,97	202.750,30	4.303.010,27	0,00	223.264,99	223.264,99
07	5.227.079,63	6.239.103,65	11.466.183,28	13.755.802,45	42.194.112,03	55.949.914,48
08	0,00	990.856,19	990.856,19	1.838.219,72	0,00	1.838.219,72
09	33.514.255,69	404.556,66	33.918.812,35	0,00	145.327.300,00	145.327.300,00
10	51.699.734,41	8.451.786,08	60.151.520,49	6.876.728,00	108.531.226,00	115.407.954,00
11	12.007.659,89	342.052,71	12.349.712,60	1.986.000,00	25.407.711,00	27.393.711,00
12	0,00	1.943.578,98	1.943.578,98	3.635.947,00	3.068.863,00	6.704.810,00
13	0,00	22.270,32	22.270,32	22.404.348,78	13.413.000,00	35.817.348,78
15	1.596.494,55	4.885,97	1.601.380,52	0,00	1.484.000,00	1.484.000,00
20	0,00	7.279,91	7.279,91	0,00	0,00	0,00
25	12.895.250,25	0,00	12.895.250,25	3.019.177,50	6.906.966,92	9.926.144,42
27	6.751.864,16	0,00	6.751.864,16	0,00	5.834.272,28	5.834.272,28
29	316.199.280,07	41.524.053,00	357.723.333,07	0,00	0,00	0,00
Gesamt	453.383.250,36	73.891.067,90	527.274.318,26	64.957.313,44	390.497.947,22	455.455.260,66

Bezirke	Überplanmäßige Ausgaben	Außerplanmäßige Ausgaben	Summe Ausgaben	Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen	Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen	Summe Verpflichtungsermächtigungen
31	1.715.948,01	2.049.467,39	3.765.415,40	0,00	13.378.124,00	13.378.124,00
32	7.469.670,40	2.301.779,32	9.771.449,72	0,00	0,00	0,00
33	2.761.191,44	1.045.774,81	3.806.966,25	14.830.382,22	772.932,23	15.603.314,45
34	10.299.461,81	202.619,73	10.502.081,54	0,00	367.188,35	367.188,35
35	313.242,99	2.617.906,81	2.931.149,80	0,00	981.667,62	981.667,62
36	12.108.112,35	65.569,88	12.173.682,23	0,00	644.617,17	644.617,17
37	2.731.734,45	809.208,85	3.540.943,30	0,00	0,00	0,00
38	1.589.034,45	666.641,30	2.255.675,75	0,00	0,00	0,00
39	5.908.886,65	6.473.479,08	12.382.365,73	0,00	180.000,00	180.000,00
40	7.762.383,89	689.274,59	8.451.658,48	0,00	5.971.789,40	5.971.789,40
41	1.000.476,00	2.883.345,03	3.883.821,03	0,00	56.750.679,53	56.750.679,53
42	1.314.209,06	5.890,54	1.320.099,60	0,00	1.446.930,27	1.446.930,27
Gesamt	54.974.351,50	19.810.957,33	74.785.308,83	14.830.382,22	80.493.928,57	95.324.310,79

HV + Bezirke	508.357.601,86	93.702.025,23	602.059.627,09	79.787.695,66	470.991.875,79	550.779.571,45
---------------------	-----------------------	----------------------	-----------------------	----------------------	-----------------------	-----------------------

Legende:

02	Verfassungsgerichtshof	27	Zuweisungen an und Programme für die Bezirke
03	Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei -	29	Allg. Finanz- und Personalangelegenheiten
05	Inneres und Sport	31	Mitte
06	Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung	32	Friedrichshain - Kreuzberg
07	Umwelt, Verkehr und Klimaschutz	33	Pankow
08	Kultur und Europa	34	Charlottenburg - Wilmersdorf
09	Gesundheit, Pflege und Gleichstellung	35	Spandau
10	Bildung, Jugend und Familie	36	Steglitz - Zehlendorf
11	Integration, Arbeit und Soziales	37	Tempelhof - Schöneberg
12	Stadtentwicklung und Wohnen	38	Neukölln
13	Wirtschaft, Energie und Betriebe	39	Treptow - Köpenick
15	Finanzen	40	Marzahn - Hellersdorf
20	Rechnungshof	41	Lichtenberg
25	Landesweite Maßnahmen des E-Governments	42	Reinickendorf

**Übersicht über die im Haushaltsjahr 2021
in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen in der Hauptverwaltung (30)**

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
------------------	-------------	--------	--

0300 Senatskanzlei

89111	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen	---	4.223.800,00
-------	--	-----	--------------

Gemäß des Senatsbeschlusses Nummer S-4693-2021 wurde der Kauf der BerlinOnline GmbH und deren Kommunalisierung im Jahr 2021 umgesetzt. Für das Land Berlin ergibt sich daraus eine Investitionsbeteiligung. Aufgrund dieser Beschlusslage mussten im Jahr 2021 außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 4.223.800 € zugelassen werden.

89611	Zuschüsse an Organisationen im Ausland für Investitionen	---	770.631,00
-------	--	-----	------------

Zur Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz zur gemeinsamen Verantwortung für die Internationale Stiftung Auschwitz-Birkenau vom 5. Dezember 2019 wurde im Jahr 2020 eine entsprechende Zustiftungsvereinbarung getroffen, in der für das Land Berlin für die Jahre 2020 und 2021 eine jeweilige Jahrestanche in Höhe von 770.631 € festgehalten wurde. Aufgrund dieser Beschlusslage mussten im Jahr 2021 außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 770.631 € zugelassen werden.

0330 Wissenschaft

68590	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen	630.000	1.087.212,95
-------	--	---------	--------------

Zur Absicherung der Finanzierung des Berliner Zentrums für Nationales Hochleistungsrechnen (NHR) mussten Mehrausgaben gegen Ausgleich zugelassen werden.

88401	Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)	---	248.415,00
-------	---	-----	------------

Die ursprünglich geplanten Baumaßnahmen zum Komplex "Erweiterungsbau Alice-Salomon-Hochschule, Kokoschkaplatz" werden gemäß Beschluss des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 14. April 2021 (Rote Nummer 3467) als eine in sich geschlossene Gesamtbaumaßnahme realisiert und die entsprechenden Ausgaben im Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) in einem einzigen Titel im Kapitel 9810, Titel 72033 nachgewiesen. Die Zusammenführung und Planungsfortschritte haben zu den gemäß Roter Nummer 3467 dargelegten Planungs- und Kostenänderungen geführt (geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 18. November 2020). Um diese im SIWA auszugleichen, musste eine außerplanmäßige Ausgabe im Kapitel 0330, Titel 88401 („Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt [SIWA]“) in Höhe von 248.415 € zugelassen werden.

89444	Zuschuss an "Charité - Universitätsmedizin Berlin" für coronabedingte Investitionen	---	2.339.158,29
-------	---	-----	--------------

Zur Finanzierung dringender Investitionen für die Versorgung von Corona Patienten sowie für die Sicherstellung des Lehr- und Forschungsbetriebes unter Pandemiebedingungen mussten außerplanmäßige Mittel in Höhe von 2.339.159 € zur Erstattung von Ist-Ausgaben im Jahr 2021 zugelassen werden.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
0500	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service -		
67101	Ersatz von Ausgaben	---	70.000,00
	Gemäß § 40 e Abstimmungsgesetz (AbstG) hat die Trägerin Anspruch auf Kostenerstattung von nachgewiesenen Kosten sowohl für das Volksbegehren als auch für den Volksentscheid am 26. September 2021 über die Vergesellschaftung der Wohnungsbestände großer Wohnungsunternehmen in Höhe von jeweils maximal 35.000 €. Zur Erfüllung dieser gesetzlichen Verpflichtung mussten außerplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich zugelassen werden.		
0510	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Sport -		
52610	Gutachten	---	50.809,85
	In Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Fußball-Europameisterschaft UEFA EURO 2024 mussten für vorgesehene Sanierungsmaßnahmen im Olympiastadion die finanziellen Voraussetzungen geschaffen und dafür außerplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
54117	Vorbereitung und Durchführung von in Berlin ausgetragenen Spielen der UEFA Fußball-Europameisterschaft EURO 2024	---	266.986,10
	In Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Fußball-Europameisterschaft UEFA EURO 2024 mussten für vorgesehene Sanierungsmaßnahmen im Olympiastadion die finanziellen Voraussetzungen geschaffen und dafür außerplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
68245	Ausgabenersatz an die Olympiastadion Berlin GmbH (OStaBG) für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen	---	3.700.000,00
	In Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Fußball-Europameisterschaft UEFA EURO 2024 mussten für vorgesehene Sanierungsmaßnahmen im Olympiastadion die finanziellen Voraussetzungen geschaffen und dafür außerplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
68479	Zuschuss für die Durchführung von in Berlin ausgetragenen Spielen zur EURO-Basket 2021	---	1.887.000,00
	Für die Vorbereitung und Durchführung der in das Jahr 2022 verschobenen Endrunde der Basketball-EM (EURO-Basket 2022) mussten außerplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
0531	Der Polizeipräsident in Berlin - Polizeipräsidium -		
54010	Dienstleistungen	5.043.000	3.443.017,88
	Zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen gegenüber beauftragter Abschleppunternehmen für die Transporte bei polizeilich veranlassten Umsetzungen und Sicherstellungen von Fahrzeugen mussten Mehrausgaben gegen Ausgleich zugelassen werden.		
0565	Berliner Feuerwehr - Zentraler Service -		
51802	Mieten für Fahrzeuge	---	98.909,62
	Um durch erforderliche Anmietung von Drehleiterfahrzeugen, die entsprechende Ausbildung an der Berliner Feuerwehr- und Rettungsakademie (BFRA) sowie die notwendige Ausstattung und Einsatzfähigkeit des Einsatzdienstes der Feuerwehr gewährleisten zu können, mussten außerplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich zugelassen werden.		
67101	Ersatz von Ausgaben	15.000.000	4.805.445,30
	Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen hinsichtlich des Ausgabenersatzes zur Erbringung notärztlicher Leistungen auf Notarzteinsatzfahrzeug-Stützpunkten mussten überplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
0612	Staatsanwaltschaft		
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	---	201.550,30
	Für die Einstellung von Ersatzkräften für die Personalvertretung bei der Staatsanwaltschaft Berlin mussten außerplanmäßige Ausgaben mit Ausgleich zugelassen werden. Darüber hinaus mussten für die Finanzierung von 1,5 Justizfachangestellten in der neu errichteten Serviceeinheit für die Europäische Staatsanwaltschaft Zentrum Berlin außerplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
0626	Amtsgericht Schöneberg		
52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	9.770.000	664.034,14
	Aufgrund gestiegener Ausgaben, die insbesondere aus dem Kostenrechtsänderungsgesetz 2021 resultieren, mussten überplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
0628	Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg		
52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	16.500.000	1.100.000,00
	Aufgrund gestiegener Ausgaben, die insbesondere aus dem Kostenrechtsänderungsgesetz 2021 resultieren, mussten überplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
0630	Amtsgericht Tiergarten		
52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	18.340.000	1.000.000,00
	Aufgrund gestiegener Ausgaben, die insbesondere aus dem Kostenrechtsänderungsgesetz 2021 resultieren, mussten überplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
0631	Amtsgericht Wedding		
52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	11.180.000	1.300.000,00
	Aufgrund gestiegener Ausgaben, die insbesondere aus dem Kostenrechtsänderungsgesetz 2021 resultieren, mussten überplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
0720	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Integrativer Umweltschutz -		
98103	Kommunaler Anteil an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Förderung	---	835.000,00
	Im Rahmen des Berliner Programms für Nachhaltige Entwicklung (BENE) wird der Ersatz des Dienstbootes Glienicke für die Überwachung der Gewässer durch ein solarbetriebenes Arbeitsschiff mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert. Zum Nachweis des Eigenanteils mussten außerplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich zugelassen werden.		
0730	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Verkehr -		
54045	Leistungen des innerstädtischen ÖPNV	554.144.000	5.220.079,63
	Im Rahmen des Verkehrsvertrages mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) mussten überplanmäßige Ausgaben ohne Ausgleich für die Mehraufwendungen für Personal aufgrund des Tarifabschlusses 2019 (Tarifvertrag Nahverkehr [TV-N]) zugelassen werden.		
67112	Ersatz von Personalaufwendungen	---	68.936,94
	Zur Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) mussten außerplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich aus nicht verausgabten Personalmitteln zugelassen werden.		
68213	Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten	---	279.717,67
	Zum Ausgleich des den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) für den Betrieb des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) seit März 2020 entstandenen und bis Ende des Jahres 2021 prognostizierten pandemiebedingten Defizits mussten außerplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich zugelassen werden.		
68234	Zuschüsse für Planungsleistungen	---	112.060,00
	Zum Abschluss erforderlicher Finanzierungsvereinbarungen und zur Finanzierung des Berliner Anteils an den Planungsleistungen mussten außerplanmäßige Ausgaben im Rahmen des Investitionsprogramms i2030 gemeinsam mit dem Land Brandenburg und der Niederbarnimer Eisenbahn (NEB) für den Ausbau der Stammstrecke der Heidekrautbahn beziehungsweise mit der Havelländischen Eisenbahn (HVLE) für den Ausbau der Bötzowbahn zugelassen werden.		
98103	Kommunaler Anteil an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Förderung	---	97.720,19
	Im Rahmen des Berliner Programms für Nachhaltige Entwicklung (BENE) werden die Teilprojekte „Fortschreibung Stadtentwicklungsplan Verkehr (StEP Verkehr)“, „Um- und Neubau von Radabstellanlagen im Südwestraum Berlins“, „Studie von Potentialen und Wirkungen von Microdepots im Land Berlin“ mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert. Zum Nachweis des Eigenanteils mussten außerplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich zugelassen werden.		
0740	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Tiefbau -		
72701	Neubau der Kynastbrücke über Bahnanlagen - Friedrichshain	---	71.577,90
	Zur Abrechnung der baulich beendeten Maßnahme „Neubau der Kynastbrücke über Bahnanlagen – Friedrichshain“ mussten außerplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich zugelassen werden.		
98103	Kommunaler Anteil an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Förderung	---	4.301.450,76
	Im Rahmen des Berliner Programms für Nachhaltige Entwicklung (BENE) wird das Projekt „Umrüstung von Gasleuchten auf LED in Berlin“ für die Ortsteile Gesundbrunnen und Rudow mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert. Zum Nachweis des Eigenanteils mussten außerplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich zugelassen werden.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
0750	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -		
70136	Investive Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)	---	326.025,31
	Für die finanzielle Absicherung der Förderung von Gründach-Photovoltaik-Aufständerungen auf Neubauten im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive, der Förderung für Kiezbrunnen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sowie der Förderung der Teilentsiegelung asphaltierter Flächen und Versickerung von Niederschlagwasser auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde mussten außerplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
70341	Investitionen des Kleingartenwesens	---	65.518,08
	Für die Erweiterung der Kleingartenanlage (KGA) Seestraßeninsel als Ersatzflächen für die im Rahmen des Neubaus Döberitzer Grünzug in Anspruch zu nehmenden Kleingartenparzellen und der KGA Lindenbaum sowie der KGA Bornholm I als Ersatzfläche für die im Rahmen des Schulneubaus gekündigten Kleingärten in der KGA Morgengrauen mussten außerplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
0810	Senatsverwaltung für Kultur und Europa - Kultur -		
89220	Investiver Zuschuss zur Erstausrüstung des Humboldt-Forums	---	985.227,11

Aufgrund der weiteren Verschiebung des Eröffnungstermins des Humboldt-Forums und hieraus resultierender Mehrkosten mussten außerplanmäßige Ausgaben mit Ausgleich für die Eröffnung der Berlin-Ausstellung zugelassen werden.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
0900	Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -		
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	879.000	316.954,27
	Zur Bewältigung der Pandemiesituation mussten für den bei der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung eingerichteten Krisenstab überplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
0920	Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Gesundheit -		
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	1.000	584.000,00
	Zur Bewältigung der Pandemiesituation mussten für den bei der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung eingerichteten Krisenstab überplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
54004	Aufwendungen im Rahmen der Notfallvorsorge	167.393.000	4.957.064,00
	Übernahme von Taxifahrten in die Impfzentren für Impfungen der über 80-Jährigen.		
54012	Ersatzvornahmen	5.000.000	19.510.773,56
	Aufgrund des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 03. März 2021 musste das Land Vorsorge treffen, um allen Bürgerinnen und Bürgern mindestens einmal pro Woche einen kostenlosen Schnelltest einschließlich einer Bescheinigung über das Testergebnis anbieten zu können.		
63201	Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder	380.000	221.151,85
	Finanzierung laut Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und entsprechend des Umsetzungsbeschlusses der Gesundheitsministerkonferenz von den Träger-Ländern der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen für eine zusätzliche Erweiterung ihres Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebots.		
67112	Ersatz von Personalaufwendungen	---	404.556,66
	Finanzierung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen bei der Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe gGmbH und der Vivantes Service GmbH. Der Ausgleich wurde durch nichtverausgabte Personalmittel erbracht.		
89218	Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger	92.454.000	90.666,67
	Zahlung höherer Ausbildungsplatzzuschläge für eine nachträglich korrigierte, nachgewiesene Zahl von Ausbildungsplatzzahlen bei einer Einrichtung.		
0930	Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Pflege -		
63430	Zuführungen an das Sondervermögen für den Ausbildungsfonds Pflegeberufe	6.918.000	7.731.194,99
	Um den gesetzlichen Verpflichtungen nach § 33 Abs. 1 Pflegeberufegesetz (PflBG) nachzukommen, mussten für den Landesanteil am Ausgleichsfonds überplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
0950	Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Frauen und Gleichstellung -		
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	486.000	55.440,49
	Zur Bewältigung der Pandemiesituation mussten für den bei der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung eingerichteten Krisenstab überplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
1000	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Politisch-Administrativer Bereich und Service -		
51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	76.700	600.000,00
	Für die Ausstattung und Möblierung des neuen Bürodienstgebäudes Rhinstraße 46 war die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben erforderlich. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin hatte der Anmietung bereits im Jahr 2020 zugestimmt (Rote Nummer 3255).		
52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	152.000	146.348,40
	Aufgrund des wachsenden Personalkörpers, des Anstiegs an gerichtlichen Verfahren, insbesondere durch vielfache Streitigkeiten im Zusammenhang mit neuen Arbeitsverträgen, zum Beispiel bei der berufsbegleitenden Ausbildung oder dem Studium von Quereinsteigern und im Zusammenhang mit Corona-Maßnahmen war die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben erforderlich. Des Weiteren waren zunehmend kostenintensive Verfahren, unter anderem über mehrere Instanzen bis zu den höchsten Bundesgerichten zu bestreiten.		
68109	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	130.241.000	15.332.127,58
	Die Anzahl der Unterhaltsvorschussberechtigten steht im Zusammenhang mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage der zahlungspflichtigen Elternteile. Aufgrund der aktuellen Arbeitssituation ist die Anzahl der zahlungspflichtigen Elternteile, die der Unterhaltspflicht nicht nachkommen können, gestiegen. Die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben war erforderlich.		
1010	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -		
54025	Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche	1.070.000	829.850,00
	Aufgrund des Abschlusses von neuen Verträgen zur Vergütung urheberrechtlicher Ansprüche mit den Verwertungsgesellschaften und der Nachberechnung der Länderanteile nach dem Königsteiner Schlüssel 2019 war die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben erforderlich.		
67115	Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort)	81.942.000	1.061.747,68
	Auf der Grundlage des Schulgesetzes, der Verordnung über die ergänzende Förderung und Betreuung und die außerunterrichtliche Förderung und Betreuung von Schülern (SchüFöVO) sowie der Rahmenvereinbarungen über die Leistungserbringung und Finanzierung der Ganztagsangebote an Grundschulen und sonderpädagogischen Förderzentren in freier Trägerschaft (frSchulRV) sind die entsprechenden Ausgaben zu erstatten. Insbesondere wegen unvorhergesehen gestiegener Zahlen von Teilnehmenden, Tarifsteigerungen im Kostenblatt und der Erhöhung des Portionspreises des elternkostenbeteiligungsfreien Mittagessens in den Jahrgangsstufen 1 bis 6 war die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben ohne Ausgleich erforderlich.		
68179	Leistungen für Bildung und Teilhabe - Lernförderung	4.578.000	1.345.216,37
	Die Ausgaben für die Bildungs- und Teilhabeleistungen erfolgen nach bundesrechtlichen Vorgaben, unter anderem dem Sozialgesetzbuch II und Sozialgesetzbuch XII, nach denen die Leistungsberechtigten einen Rechtsanspruch auf die Leistung haben. Aufgrund des tatsächlichen, aber auch coronabedingt zusätzlichen Mittelbedarfs war die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben erforderlich.		
68511	Zuschuss an den Lette-Verein	14.143.000	1.115.000,00
	Im Zuge einer Installationsmaßnahme sind baufachliche Mängel im Sinne des Brandschutzes am Laborgebäude des Lettevereins festgestellt worden. Um die Beseitigung fortführen zu können, war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben erforderlich.		
68644	Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona"	---	3.113.511,15
	Für die Umsetzung der Berliner Maßnahmen zum Abbau von Lernrückständen im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ war die Zulassung außerplanmäßiger Ausgaben erforderlich.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
1011	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schulische Berufliche Bildung -		
51701	Bewirtschaftungsausgaben	---	54.078,31
	Auf der Grundlage des Mietvertrages zur Anmietung von Flächen für das Potentialanalyseverfahren „Talente Check“, Königin-Elisabeth-Straße 49, 14059 Berlin wurden außerplanmäßige Ausgaben für die Bewirtschaftung mit Ausgleich zugelassen		
1012	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden und zentral verwalteten Schulen -		
52510	Schulische Veranstaltungen	15.700	749.161,25
	Aufgrund der Absage von Schülerfahrten in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie war für die zu leistenden Stornogebühren die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben erforderlich.		
67139	Jugendsozialarbeit nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz	32.686.000	84.727,48
	Aufgrund der Anpassung der Tarifstruktur der Träger der freien Jugendhilfe und der Neueinstellungen mit zum Teil höheren Erfahrungsstufen im Rahmen des Landesprogramms „Jugendsozialarbeit an Schulen“ mussten überplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
68644	Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona"	---	2.103.738,65
	Für die Umsetzung der Berliner Maßnahmen zum Abbau von Lernrückständen im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ war die Zulassung außerplanmäßiger Ausgaben für die Schulbudgets der allgemeinbildenden öffentlichen Schulen sowie für die Finanzierung der Landeslizenz „bettermarks“ und die Erstellung von Unterrichtsunterlagen in „itslearning“ erforderlich.		
1015	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Grundschulen -		
42703	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Personalkostenbudgetierung	1.000	56.427,97
	Durch die Pandemie-Situation sind die Ausgaben für Vertretungseinstellungen zur Abfederung des pandemiebedingten Lehrkräfteausfalls in den Schulen gestiegen. Weiterhin mussten Medizinstudierende als Schnelltesthelferinnen und Schnelltesthelfer an Schulen eingestellt werden, um die notwendigen Testungen an den Schülerinnen und Schülern vorzunehmen und so den erforderlichen Gesundheitsschutz der Anwesenden in den Schulen sicherzustellen. Aus diesen Gründen war die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben gegen Ausgleich erforderlich.		
67127	Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung	1.000	67.916,56
	Durch die Pandemie-Situation sind die Ausgaben für Vertretungseinstellungen zur Abfederung des pandemiebedingten Lehrkräfteausfalls in den Schulen gestiegen. Weiterhin mussten Medizinstudierende als Schnelltesthelferinnen und Schnelltesthelfer an Schulen eingestellt werden, um die notwendigen Testungen an den Schülerinnen und Schülern vorzunehmen und so den erforderlichen Gesundheitsschutz der Anwesenden in den Schulen sicherzustellen. Aus diesen Gründen war die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben gegen Ausgleich erforderlich.		
67131	Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen	63.006.000	8.886.648,37
	Auf der Grundlage des Schulgesetzes, der Verordnung über die ergänzende Förderung und Betreuung und die außerunterrichtliche Förderung und Betreuung von Schülern (SchüFöVO) sowie der Rahmenvereinbarung über die Leistungserbringung und Finanzierung der Ganztagsangebote an Grundschulen (SchulRV) sind die entsprechenden Ausgaben zu erstatten. Insbesondere wegen unvorhergesehen gestiegener Zahlen der Teilnehmenden und der Tarifsteigerungen im Kostenblatt war die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben erforderlich.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
1016	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Gemeinschaftsschulen -		
42813	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten zur eigenverantwortlichen Unterrichtsversorgung	---	463.787,57
	Durch die Pandemie-Situation sind die Ausgaben für Vertretungseinstellungen zur Abfederung des pandemiebedingten Lehrkräfteausfalls in den Schulen gestiegen. Weiterhin mussten Medizinstudierende als Schnelltesthelferinnen und Schnelltesthelfer an Schulen eingestellt werden, um die notwendigen Testungen an den Schülerinnen und Schülern vorzunehmen und so den erforderlichen Gesundheitsschutz der Anwesenden in den Schulen sicherzustellen. Aus diesen Gründen war die Zulassung überplanmäßiger* Ausgaben gegen Ausgleich erforderlich.		
	* Ansatz wurde im Zuge der Haushaltswirtschaft gemäß Haushaltsplan 2020/2021 auf diesen Titel umgesetzt.		
68507	Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft	---	5.611.864,77
	Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2020/2021 war der konkrete Bedarf für Schulen in freier Trägerschaft weder in Hinblick auf die tatsächliche Entwicklung der Schülerzahlen an bestehenden Schulen noch an erst im Laufe der Jahre 2018 bis 2021 in die Zuschussberechtigung gewachsenen neuen Schulen vorhersehbar. Auch der zu verzeichnende starke Anstieg der vergleichbaren Personalkostendurchschnittssätze war zum Zeitraum der Haushaltsplanaufstellung unvorhergesehen. Die Zulassung der überplanmäßigen* Ausgaben war unter Berücksichtigung der sich aus dem Berliner Schulgesetz ergebenden Verpflichtung des Landes erforderlich.		
	* Ansatz wurde im Zuge der Haushaltswirtschaft gemäß Haushaltsplan 2020/2021 auf diesen Titel umgesetzt.		
1018	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Gymnasien -		
42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	1.000	352.888,02
	Für die aus Tarifsteigerungen resultierenden höheren Kostensätze sowie die teilweise Erweiterung des Ganztagsangebots an einigen Schulen und aufgrund unvorhersehbar gestiegener Schülerzahlen war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben zum Ausgleich der gestiegenen Kosten erforderlich.		
67131	Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen	4.570.000	381.035,68
	Für die aus Tarifsteigerungen resultierenden höheren Kostensätze sowie die teilweise Erweiterung des Ganztagsangebots an einigen Schulen und aufgrund unvorhersehbar gestiegener Schülerzahlen war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben zum Ausgleich der gestiegenen Kosten erforderlich.		
98101	Allgemeine interne Verrechnungen	1.000	104.672,05
	Für die aus Tarifsteigerungen resultierenden höheren Kostensätze sowie die teilweise Erweiterung des Ganztagsangebots an einigen Schulen und aufgrund unvorhersehbar gestiegener Schülerzahlen war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben zum Ausgleich der gestiegenen Kosten erforderlich.		
1019	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Integrierte Sekundarschulen -		
42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	1.000	475.611,74
	Für die aus Tarifsteigerungen resultierenden höheren Kostensätze sowie die teilweise Erweiterung des Ganztagsangebots an einigen Schulen und aufgrund unvorhersehbar gestiegener Schülerzahlen war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben zum Ausgleich der gestiegenen Kosten erforderlich.		
42813	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten zur eigenverantwortlichen Unterrichtsversorgung	5.880.000	1.391.415,07
	Durch die Pandemie-Situation sind die Ausgaben für Vertretungseinstellungen zur Abfederung des pandemiebedingten Lehrkräfteausfalls in den Schulen gestiegen. Weiterhin mussten Medizinstudierende als Schnelltesthelferinnen und Schnelltesthelfer an Schulen eingestellt werden, um die notwendigen Testungen an den Schülerinnen und Schülern vorzunehmen und so den erforderlichen Gesundheitsschutz der Anwesenden in den Schulen sicherzustellen. Aus diesen Gründen war die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben gegen Ausgleich erforderlich.		
67131	Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen	21.781.000	736.552,09
	Für die aus Tarifsteigerungen resultierenden höheren Kostensätze sowie die teilweise Erweiterung des Ganztagsangebots an einigen Schulen und aufgrund unvorhersehbar gestiegener Schülerzahlen war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben zum Ausgleich der gestiegenen Kosten erforderlich.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
68507	Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft	102.000.000	2.527.225,68
<p>Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2020/2021 war der konkrete Bedarf für Schulen in freier Trägerschaft weder in Hinblick auf die tatsächliche Entwicklung der Schülerzahlen an bestehenden Schulen noch an erst im Laufe der Jahre 2018 bis 2021 in die Zuschussberechtigung gewachsenen neuen Schulen vorhersehbar. Auch der zu verzeichnende starke Anstieg der vergleichbaren Personalkostendurchschnittssätze war zum Zeitraum der Haushaltsplanaufstellung unvorhergesehen. Die Zulassung der überplanmäßigen Ausgaben war unter Berücksichtigung der sich aus dem Berliner Schulgesetz ergebenden Verpflichtung des Landes erforderlich.</p>			
1020	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Sonderpädagogische Förderzentren -		
42813	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten zur eigenverantwortlichen Unterrichtsversorgung	727.000	250.232,68
<p>Durch die Pandemie-Situation sind die Ausgaben für Vertretungseinstellungen zur Abfederung des pandemiebedingten Lehrkräfteausfalls in den Schulen gestiegen. Weiterhin mussten Medizinstudierende als Schnelltesthelferinnen und Schnelltesthelfer an Schulen eingestellt werden, um die notwendigen Testungen an den Schülerinnen und Schülern vorzunehmen und so den erforderlichen Gesundheitsschutz der Anwesenden in den Schulen sicherzustellen. Aus diesen Gründen war die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben gegen Ausgleich erforderlich.</p>			
67131	Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen	1.805.000	3.476.977,34
<p>Auf der Grundlage des Schulgesetzes, der Verordnung über die ergänzende Förderung und Betreuung und die außerunterrichtliche Förderung und Betreuung von Schülern (SchüFöVO) sowie der Rahmenvereinbarung über die Leistungserbringung und Finanzierung der Ganztagsangebote an Grundschulen (SchulRV) sind die entsprechenden Ausgaben zu erstatten. Insbesondere aufgrund unvorhergesehener gestiegener Zahlen der Teilnehmenden und der Tarifsteigerungen im Kostenblatt war die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben erforderlich.</p>			
1021	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Berufsbildende Schulen -		
68644	Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona"	---	200.000,00
<p>Für die Umsetzung der Berliner Maßnahmen zum Abbau von Lernrückständen im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ war die Zulassung außerplanmäßiger Ausgaben für die Schulbudgets der berufsbildenden Schulen erforderlich.</p>			
1024	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Zentral verwaltete Schulen -		
42813	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten zur eigenverantwortlichen Unterrichtsversorgung	1.300.000	497.123,10
<p>Durch die Pandemie-Situation sind die Ausgaben für Vertretungseinstellungen zur Abfederung des pandemiebedingten Lehrkräfteausfalls in den Schulen gestiegen. Weiterhin mussten Medizinstudierende als Schnelltesthelferinnen und Schnelltesthelfer an Schulen eingestellt werden, um die notwendigen Testungen an den Schülerinnen und Schülern vorzunehmen und so den erforderlichen Gesundheitsschutz der Anwesenden in den Schulen sicherzustellen. Aus diesen Gründen war die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben gegen Ausgleich erforderlich.</p>			
42861	Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Solidarischen Grundeinkommens (SGE)	---	323.439,82
<p>Um im Rahmen des Projektes „Solidarisches Grundeinkommen“ an den öffentlichen Schulen bis zu 9 Schulorganisationsassistentinnen und Schulorganisationsassistenten einstellen zu können, war die Zulassung außerplanmäßiger Ausgaben mit Ausgleich erforderlich.</p>			
1040	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Familie und frühkindliche Bildung -		
67101	Ersatz von Ausgaben	11.412.000	835.940,53
<p>In der Ausführungsvorschrift „Zeit für Anleitung“ (AV Anleitung) zum § 11 Abs. 5 Kindertagesförderungsverordnung (VOKitaFöG) ist geregelt, dass die Kompensationsmittel in der zweiten Hälfte des Semesters rückwirkend zum jeweiligen Semesterbeginn ausgezahlt werden. Um die Mittel für die unvorhergesehene hohe Anzahl eingegangener Anträge auf Kompensationsmittel rechtzeitig entsprechend der AV-Anleitung an die Träger leisten zu können, war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben erforderlich.</p>			

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
------------------	-------------	--------	--

68407	Zuschüsse im Rahmen des Kita-Ausbauprogramms	500.000	3.942.400,57
-------	--	---------	--------------

Die Haushaltserläuterungen im Kapitel 1040, Titel 68407 sahen vor, dass zusätzlich zu den Mitteln für den Kita-Ausbau, jeweils 5 Mio. € über das Sondervermögen der Wachsenden Stadt (SIWA) für Kita-Sanierungen zur Verfügung gestellt werden. Durch den Wegfall der geplanten SIWA-Zuführung mussten die erforderlichen Mittel im Wege überplanmäßiger Ausgaben bereitgestellt werden, um den Wegfall von Kita-Plätzen zur Sicherung des Rechtsanspruchs zu verhindern.

1042 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Jugend und Kinderschutz -

54010	Dienstleistungen	51.000	90.915,00
-------	------------------	--------	-----------

Bestandteil des Fachkonzepts Flexibudget ist ein einheitliches Berichtswesen, das Auskunft über präventive, sozialräumliche Angebote und Leistungen und deren Wirkung auf die Hilfen zur Erziehung gibt. Für die konzeptionellen und technischen Vorarbeiten zur Datenerfassung und Datenanalyse als Grundlage der Erarbeitung, Entwicklung und Umsetzung des Berichtswesens wurde die Beauftragung eines externen Dienstleisters durch Abruf aus dem Rahmenvertrag des IT-Dienstleistungszentrums Berlin (ITDZ) erforderlich. Dazu gehören auch während der Dauer des Modellprojekts Flexibudget und der Durchführung des Berichtswesens die jährlichen Lizenz-, Wartungs- und Hostingkosten. Hierfür war die Zulassung überplanmäßiger Ausgaben erforderlich.

68644	Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona"	---	2.646.946,62
-------	--	-----	--------------

Mit der Auflegung des Bundesprogramms „Aufholen nach Corona“ stehen Berlin gemäß der Bund-Länder-Vereinbarung für Maßnahmen im Bildungs- und Jugendbereich insgesamt 18 Mio. € für das Jahr 2021 und 38 Mio. € für das Jahr 2022 zur Verfügung. Zur Finanzierung verschiedener Maßnahmen im Jugendbereich, die zur Abfederung der Pandemiefolgen dienen, war die Zulassung außerplanmäßiger Ausgaben erforderlich.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
1166	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Soziales -		
67135	Teilhabeleistungen gem. SGB IX anstelle anderer Rehabilitationsträger	---	288.696,77
	Aufgrund der Umsetzung der Neuregelungen zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) zum 01. Januar 2020 sind auch im Jahr 2021 Ausgaben entstanden, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht berücksichtigt werden konnten. Es mussten deshalb außerplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
68128	Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG	1.000	11.555.191,58
	Insbesondere aufgrund der Umsetzung der Neuregelungen zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) zum 01. Januar 2020 sind Ausgaben entstanden, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht berücksichtigt werden konnten. Es mussten deshalb überplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
86322	Darlehen nach dem SGB XII (ohne 4. Kapitel) und AsylbLG	118.000	308.104,89
	Im Nachgang der Aufgabenverlagerung für Leistungen der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege für außerhalb Berlins betreute Personen und im Rahmen der persönlichen Assistenz zum 01. Januar 2020 sind auch im Jahr 2021 Ausgaben entstanden, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht berücksichtigt werden konnten. Es mussten deshalb überplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
1171	Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylberwerberinnen/ Asylbewerber		
86322	Darlehen nach dem SGB XII (ohne 4. Kapitel) und AsylbLG	800.000	144.363,42
	Es mussten überplanmäßigen Ausgaben zugelassen werden, da sich nach den unerwartet hohen Entwicklungen der Fallzahlen von Personen mit Anspruch auf Darlehenszahlungen (hauptsächlich Leistungsempfänger im eigenen Wohnraum) nach §§ 29, 37, 38, 42, 73 und 91 Sozialgesetzbuch XII vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) unbeeinflussbare rechtlich verpflichtende Mehrkosten ergeben haben.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
1240	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Wohnungswesen, Wohnungsneubau, Stadterneuerung, Soziale Stadt -		
86304	Liquiditätshilfen für Mieter und Mieterinnen (Härtefallregelung)	---	1.936.220,96

Zur haushaltswirtschaftlichen Umsetzung der Einrichtung einer Sicher-Wohnen-Hilfe, aufgrund des Wegfalls des Gesetzes zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen, mussten außerplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
1510	Senatsverwaltung für Finanzen - Vermögen -		
54010	Dienstleistungen	1.550.000	1.596.494,55

Rechtliche, wirtschaftliche sowie steuerliche Prüfungen- und Beratungsdienstleistungen zum Erwerb der Stromnetz Berlin GmbH.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
2505	Senatsverwaltung für Inneres und Sport		
51143	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT	30.000	757.000,00
	Für die Beschaffung von Notebooks zur Ertüchtigung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport hinsichtlich des mobilen Arbeitens war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich erforderlich.		
2506	Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (Stammhaus)		
51143	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT	30.400	294.000,00
	Für die Beschaffung von Notebooks zur Ertüchtigung der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung hinsichtlich des mobilen Arbeitens war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich erforderlich.		
2510	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie		
51143	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT	1.448.000	2.916.450,25
	Für die Beschaffung von Notebooks zur Ertüchtigung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hinsichtlich des mobilen Arbeitens war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich erforderlich.		
2531	Bezirksamt Mitte		
51143	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT	1.064.000	1.664.000,00
	Für die Beschaffung von Notebooks zur Ertüchtigung des Bezirksamt Mitte hinsichtlich des mobilen Arbeitens war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich erforderlich.		
2533	Bezirksamt Pankow		
51143	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT	339.000	1.077.000,00
	Für die Beschaffung von Notebooks zur Ertüchtigung des Bezirksamts Pankow hinsichtlich des mobilen Arbeitens war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich erforderlich.		
2534	Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf		
51143	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT	417.000	942.000,00
	Für die Beschaffung von Notebooks zur Ertüchtigung des Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf hinsichtlich des mobilen Arbeitens war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich erforderlich.		
2535	Bezirksamt Spandau		
51143	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT	400.000	273.000,00
	Für die Beschaffung von Notebooks zur Ertüchtigung des Bezirksamt Spandau hinsichtlich des mobilen Arbeitens war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich erforderlich.		
2536	Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf		
51143	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT	297.000	792.300,00
	Für die Beschaffung von Notebooks zur Ertüchtigung des Bezirksamts Steglitz-Zehlendorf hinsichtlich des mobilen Arbeitens war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich erforderlich.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
51160	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT	906.000	463.500,00
Für die Beschaffung von Lizenzen in Zusammenhang mit der Beschaffung von Notebooks zur Ertüchtigung des Bezirksamts Steglitz-Zehlendorf hinsichtlich des mobilen Arbeitens war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich erforderlich.			
2537 Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg			
51143	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT	268.000	965.500,00
Für die Beschaffung von Notebooks zur Ertüchtigung des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg hinsichtlich des mobilen Arbeitens war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich erforderlich.			
2538 Bezirksamt Neukölln			
51143	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT	542.000	1.064.000,00
Für die Beschaffung von Notebooks zur Ertüchtigung des Bezirksamts Neukölln hinsichtlich des mobilen Arbeitens war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich erforderlich.			
2539 Bezirksamt Treptow-Köpenick			
51143	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT	699.000	780.500,00
Für die Beschaffung von Notebooks zur Ertüchtigung des Bezirksamts Treptow-Köpenick hinsichtlich des mobilen Arbeitens war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich erforderlich.			
2552 Der Polizeipräsident in Berlin			
51160	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT	4.074.000	906.000,00
Für die Beschaffung von Notebooks zur Ertüchtigung der Polizei Berlin hinsichtlich des mobilen Arbeitens war die Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich erforderlich.			

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
2711	Aufwendungen der Bezirke - Integration, Arbeit und Soziales -		
68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	6.824.000	6.751.864,16

Aufgrund der Covid-19-Pandemie erforderte die gesamtstädtische Verantwortung die Schaffung besonderer Übernachtungsangebote (inklusive Quarantäneeinrichtung) für obdachlose, auf der Straße lebende Menschen. Darüber hinaus mussten Testkonzepte entwickelt, fehlende Tagesaufenthalte und Lebensmittelversorgung kompensiert sowie spezielle Frauenschlafplätze bereitgestellt werden. Zur Umsetzung der Impfstrategie im Wohnungslosenhilfebereich war es zudem erforderlich, die niederschweligen Übernachtungsangebote der 24/7-Unterkünfte über den Kältehilfzeitraum hinaus offenzuhalten um eine möglichst große Anzahl von obdachlosen Personen mit dem Impfangebot erreichen zu können sowie unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Personenkreises bei der erforderlichen zweiten Impfung eine bessere Erreichbarkeit sicherstellen zu können.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
2910	Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten		
96020	Fehlbetrag des vorletzten Haushaltsjahres	1.000	136.899.280,07
	Ausgaben zur Deckung des Fehlbetrages (kassenmäßiges Jahresergebnis) des vorletzten Haushaltsjahres (2019). Die überplanmäßigen Ausgaben dienen der Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen nach § 25 Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit § 76 Landeshaushaltsordnung.		
2990	Vermögen		
83132	Kapitalzuführung an die Vivantes GmbH	4.000.000	179.300.000,00
	Umsetzung des Beschlusses des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 08. Dezember 2021 (Rote Nummer 0052). Für die Umwandlung eines Gesellschafterdarlehens an die Vivantes GmbH in Eigenkapital waren überplanmäßige Mehrausgaben im Kapitel 2990, Titel 83132 gegen Ausgleich erforderlich.		
83140	Kapitalzuführungen an landeseigene Wohnungsbaugesellschaften	---	1.564.053,00
	Zur Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit des Ankaufs eines Grundstücks zur Errichtung von Wohnungsneubau gemäß den Vorgaben der Kooperationsvereinbarung "Leistbare Mieten, Wohnungsneubau und soziale Wohnraumversorgung" mussten außerplanmäßige Ausgaben zugelassen werden.		
86142	Eigenkapital ersetzendes Gesellschafterdarlehen an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	---	39.960.000,00
	Zur Erfüllung einer Rechtsverpflichtung in Form der Auszahlung eines Gesellschafterdarlehens an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH, war eine Umbuchung von Mitteln in Höhe von 39,96 Mio. € von Kapitel 2990, Titel 83149 - Kapitalzuführung an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH - nach Kapitel 2990, Titel 86142 - Eigenkapital-ersetzendes Gesellschafterdarlehen an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH - im Wege der Zulassung von außerplanmäßigen Ausgaben erforderlich.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
	<i>Überplanmäßige Ausgaben</i>		452.951.398,20
	<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>		73.595.736,06
	Gesamt		526.547.134,26

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
0300	Senatskanzlei		
51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	---	8.053.000,00
	Zur unterbrechungsfreien Aufrechterhaltung des Fachverfahrens SIDOK mussten im Jahr 2021 außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zulasten des Haushaltsjahres 2022 zugelassen werden.		
68324	Zuschüsse an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH	---	3.759.000,00
	Zur Absicherung von Förderzusagen der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, das Jahr 2022 betreffend, mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	---	670.000,00
	Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist für die Durchführung der internationalen Metropolenkonferenz „Berlin questions“ 2022 der Regierenden Bürgermeisterin/des Regierenden Bürgermeisters von Berlin notwendig.		
68580	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für coronabedingt e Ausgaben	---	5.000.000,00
	Aufgrund der anhaltenden Covid-19–Pandemie musste eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zugelassen werden, um die Verlängerung der Ausfallfonds I und II für Medien zu ermöglichen sowie das Ausfallrisiko und die Existenzgefährdung in der deutschen Filmbranche zu minimieren.		
0330	Wissenschaft		
68500	Förderung der Frauen in Forschung und Lehre	---	9.500.000,00
	Zur rechtlichen Absicherung der Verlängerung des Berliner Chancengleichheitsprogramms für die Jahre 2021-2026 mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
0510	Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Sport -		
54113	Vorbereitung und Durchführung der Special Olympics Weltspiele 2023 Für die Auftragsvergabe zur rechtzeitigen Entwicklung eines Mobilitätskonzepts im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) anlässlich der Special Olympic World Games 2023 mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.	---	495.000,00
54114	Vorbereitung und Durchführung der EURO-Basket 2021 Für die Vorbereitung und Durchführung der in das Jahr 2022 verschobenen Endrunde der Basketball-Europameisterschaft 2022 (EURO-Basket 2022) mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.	---	250.000,00
54117	Vorbereitung und Durchführung von in Berlin ausgetragenen Spielen der UEFA Fußball-Europameisterschaft EURO 2024 Für die Erstellung des Fan-Programms für die Fußball-Europameisterschaft UEFA EURO 2024 mussten für die Auftragsvergabe außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.	---	290.500,00
68630	Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte Für den Abschluss eines Vertrages zur Vorbereitung und Durchführung des Multisportevents „Die Finals – Berlin 2022“ mussten überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.	1.500.000	2.080.000,00
83110	Kapitalzuführung an die Berliner Bäderbetriebe Für die Beauftragung dringend erforderlicher Instandhaltungsmaßnahmen an mehreren Bädern war die Zulassung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erforderlich.	---	4.161.000,00
81249	Einsatzleitzentrale (Stützungsmaßnahmen) Zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Einsatzleitzentrale der Polizei Berlin musste zur Bereitstellung eines neuen Sprachkommunikationssystems eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zugelassen werden.	---	1.929.731,00
81251	Modernisierung der bestehenden Rechenzentren der Polizei Um Massen- und Schmutzdaten im Bereich Cybercrime und Terrorismus verarbeiten und speichern zu können, ist die Ertüchtigung eines Rechenzentrums notwendig. Hierfür musste eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zugelassen werden.	---	3.999.000,00
0565	Berliner Feuerwehr - Zentraler Service -		
51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände Um die Betriebsfähigkeit der Stroke-Einsatz-Mobil (STEMO) - Fahrzeuge bis zu einer politischen Entscheidung über die Zukunft dieses Rettungsmittels aufrecht zu erhalten, musste für die Verlängerung des Wartungsvertrages bis zum 31. Dezember 2022 eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zugelassen werden.	1.770.000	135.000,00

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
0608	Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung - Verbraucherschutz -		
51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	---	191.264,99

Für die Neuausschreibung, die Errichtung und das Führen eines Hunderegisters nach dem Berliner Hundegesetz mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
0700	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Politisch-Administrativer Bereich und Service -		
53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	---	967.000,00
	Für eine finanzielle Absicherung der Verlängerung des bestehenden Rahmenvertrags zur Erweiterung und Fortführung von zentralen Kommunikationsmaßnahmen für die Mobilitätskampagne mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
0710	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Umweltpolitik, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz -		
54602	Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU	4.400.000	3.500.788,00
	Für die finanzielle Absicherung der Ausgaben für den Programmträgervertrag für das Nachfolgeprogramm Berliner Programm für nachhaltige Entwicklung II (BENE II) mussten überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
54697	Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	---	4.200.000,00
	Für die finanzielle Absicherung der Ausgaben für den Programmträgervertrag für das Nachfolgeprogramm Berliner Programm für nachhaltige Entwicklung II (BENE II) mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
68495	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)	---	1.543.000,00
	Für die finanzielle Absicherung der Ausgaben für die Durchführung des Projektjahres 2021/2022 des Freiwilligen Ökologischen Jahres (Projektabschnitt 01-08/2022) mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen gegen Ausgleich zugelassen werden.		
88304	Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)	5.500.000	8.639.888,68
	Für die finanzielle Absicherung laufender sowie neuer Maßnahmen aufgrund der zusätzlichen Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) durch REACT-EU mussten überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
89111	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen	---	2.000.000,00
	Um einem landeseigenen Wohnungsunternehmen einen Zuwendungsbescheid für das aus dem Innovationsförderfonds zu finanzierende Leuchtturmprojekt „Klimaschutz- und Ressourcenschutzwende im kommunalen Wohnungsbau“ noch im Jahr 2021 erteilen zu können, war die Zulassung von außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
0730	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Verkehr -		
54010	Dienstleistungen	1.000.000	941.878,01
	Für die Sicherstellung der Beteiligung Berlins an der Finanzierung einer Haushaltsbefragung „Mobilität in Städten – SrV“ durch die Technische Universität Dresden war die Zulassung überplanmäßiger Verpflichtungsermächtigung erforderlich.		
54045	Leistungen des innerstädtischen ÖPNV	---	2.500.000,00
	Aufgrund des höheren Zuschussbedarfs für Ausgleichszahlungen an den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) und für die stärker als erwartete Inanspruchnahme des Tarifangebotes für Auszubildende, sind zur Absicherung der Fortsetzung des Tarifangebotes „VBB Abo Azubi“ außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für 2022 zugelassen worden.		
54059	Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität	---	12.232.000,00
	Für die Absicherung des Betriebes und die Errichtung landeseigener Ladeinfrastruktur mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
68213	Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten	---	3.723.000,00
	Für die übergangsweise Verlängerung der Brückenlösung zum Semesterticket für das Sommer- und Wintersemester 2022 für Berliner Studierende mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
68234	Zuschüsse für Planungsleistungen	---	1.040.000,00
	Zum Abschluss erforderlicher Finanzierungsvereinbarungen und zur Finanzierung des Berliner Anteils an den Planungsleistungen mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen des Investitionsprogramms i2030 gemeinsam mit dem Land Brandenburg und der Niederbarnimer Eisenbahn (NEB) für den Ausbau der Stammstrecke der Heidekrautbahn beziehungsweise mit der Havelländischen Eisenbahn (HVLE) für den Ausbau der Bötzowbahn zugelassen werden.		
68252	Zahlungen an die Landesschienenfahrzeuganstalt (LSFB)	---	253.500,00
	Für die Sicherstellung der Aufnahme eines geregelten Geschäftsbetriebs der Landesschienenfahrzeuganstalt (LSFB) in den ersten Monaten des Jahres 2022 und um die laufende Vergabe der S-Bahn-Teilnetze Nord-Süd und Stadtbahn nicht zu gefährden, mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
68353	Maßnahmen zur Förderung eines öffentlichen Leihfahrradsystems	---	3.875.000,00
	Auf Grund einer Vertragsverlängerung mit dem Unternehmen „nextbike“ mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
0740	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Tiefbau -		
72775	Neubau der Schmöckwitzwerder Fußgängerbrücke über den Oder-Spree-Kanal	---	2.731.881,76
	Zur finanziellen Absicherung von Aufträgen für die Baunebenkosten (Bauüberwachung und Bauoberleitung) sowie zur Anpassung beziehungsweise Verschiebung von bereits mit Kassenmitteln gebundenen Verträgen in die Folgejahre mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
72787	Neubau der Neuen Fahlenbergbrücke über den Gosener Kanal im Zuge der Gosener Landstraße in Treptow-Köpenick	---	5.437.924,27
	Zur finanziellen Absicherung von Aufträgen unter anderem für die Bauhauptleistungen sowie Straßenbau- und Verkehrssicherungsarbeiten mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
0750	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -		
52140	Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege	1.000.000	631.247,76
	Für die finanzielle Absicherung der Ausschreibung zur Beauftragung von Pflegegruppen für die Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in den Naturschutzgebieten sowie in den Natura 2000-Gebieten mussten überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
52141	Maßnahmen zur Umsetzung der Kompensationsstrategie	---	397.000,00
	Für die finanzielle Absicherung der Zielentwicklungspflege im Rahmen der Umsetzung der Kompensationsstrategie mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
67101	Ersatz von Ausgaben	---	322.000,00
	Für die finanzielle Absicherung der Beratung und Koordinierung zum Umgang mit hilflosen Wildtieren in Berlin sowie für den Wildtierschutz durch den NABU Berlin e.V. mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
70136	Investive Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)	---	795.806,00
Für die finanzielle Absicherung der Förderung von Gründach-Photovoltaik-Aufständerungen auf Neubauten im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive sowie für die finanzielle Absicherung der Förderung der Teilentsiegelung asphaltierter Flächen und Versickerung von Niederschlagwasser auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.			
0751 Berliner Forsten			
54010	Dienstleistungen	---	139.000,00
Zur finanziellen Absicherung eines Rahmenvertrages mit den Berliner Stadtwerken für Beratungsdienstleistungen zur Dekarbonisierung der Berliner Forsten mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bereitgestellt werden.			

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
0810	Senatsverwaltung für Kultur und Europa - Kultur -		
68696	Sonstige Zuschüsse aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)	1.300.000	1.838.219,72

Umsetzung zusätzlicher Mittel im Rahmen der Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) -Programme

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
0920	Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Gesundheit -		
42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	---	10.834.400,00
	Verpflichtungsermächtigungen zur Fortführung von Maßnahmen im Rahmen der Pandemiebekämpfung gegen Covid-19, insbesondere zur Sicherstellung des Impfbetriebes (Rote Nummer 0063).		
52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	---	1.200.000,00
	Verpflichtungsermächtigungen zur Fortführung von Maßnahmen im Rahmen der Pandemiebekämpfung gegen Covid-19. Beauftragung von Kanzleien bei Klagen gegen die Verordnung über erforderliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (InfSchMV), (Rote Nummer 0023).		
54004	Aufwendungen im Rahmen der Notfallvorsorge	---	115.652.800,00
	Verpflichtungsermächtigungen zur Fortführung von Maßnahmen im Rahmen der Pandemiebekämpfung gegen Covid-19, insbesondere zur Sicherstellung des Impfbetriebes (Rote Nummer 0063).		
54010	Dienstleistungen	---	600.000,00
	Verpflichtungsermächtigungen zur Fortführung von Maßnahmen im Rahmen der Pandemiebekämpfung gegen Covid-19, insbesondere zur Sicherstellung des Impfbetriebes (Rote Nummer 0023).		
54012	Ersatzvornahmen	---	7.954.000,00
	Verpflichtungsermächtigungen zur Fortführung von Maßnahmen im Rahmen der Pandemiebekämpfung gegen Covid-19, insbesondere zur Fortführung der Testzentren.		
63203	Ersatz von Ausgaben an Länder	---	2.300.000,00
	Die Bewilligung der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen war notwendig, um im Bereich des Infektionsschutzes einen Vertrag über die Nutzung der Tuberkulose-Absondereinrichtung am Bezirksklinikum Obermain zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Berlin abschließen zu können.		
67112	Ersatz von Personalaufwendungen	---	1.671.100,00
	Verpflichtungsermächtigungen zur Fortführung von Maßnahmen im Rahmen der Pandemiebekämpfung gegen Covid-19, insbesondere zur Sicherstellung des Impfbetriebes (Rote Nummer 0063).		
0950	Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Frauen und Gleichstellung -		
68500	Förderung der Frauen in Forschung und Lehre	---	5.115.000,00
	Die Verlängerung des Programms war ursprünglich für das Haushaltsjahr 2020 geplant, weshalb entsprechende Verpflichtungsermächtigungen nur in 2020 zulasten von 2021 – 2025 veranschlagt, aber nicht in Anspruch genommen wurden. Mit der jetzt beschlossenen Programmfortsetzung bedarf es im Jahr 2021 der Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2022 – 2026. Diese sind erforderlich, um rechtsverbindlich für die Dauer der Förderperiode des Programms Verträge abschließen zu können.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
1000	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Politisch-Administrativer Bereich und Service -		
51101	Geschäftsbedarf	---	188.000,00
	Die Nutzung der Rechtsdatenbanken JURIS und Beck Online ist für alle Senatsverwaltungen essentiell. Da der Vertragsabschluss für die Nutzungsverträge der Rechtsdatenbanken im Herbst 2021 erfolgte, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
51426	Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke	---	4.950.000,00
	Aufgrund der anhaltenden Covid-19-Pandemie und einer nicht vorhergesehenen, zunehmend dynamischen Entwicklung, war die Beschaffung weiterer Schnelltests für Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen und Kindertagesstätten dringend erforderlich. Hierfür war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich (Rote Nummer 0060).		
51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	2.795.000	144.488,00
	Aufgrund der Nichtverfügbarkeit von Flächen in landeseigenen Gebäuden in den Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Neukölln, war die Anmietung von neuen Objekten für die Erfüllung der Aufgaben der Außenstellen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (unter anderem Schulaufsicht und Beschäftigtenvertretungen) notwendig. Hierfür war die Zulassung überplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich (Rote Nummern 3407, 3620, 3404 A).		
51820	Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management	960.000	6.132.240,00
	Aufgrund der Nichtverfügbarkeit von Flächen in landeseigenen Gebäuden in den Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Neukölln war die Anmietung von neuen Objekten für die Erfüllung der Aufgaben der Außenstellen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (unter anderem Schulaufsicht und Beschäftigtenvertretungen) notwendig. Hierfür war die Zulassung überplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich (Rote Nummern 3407, 3620, 3404 A).		
51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	150.000	600.000,00
	Aufgrund der Nichtverfügbarkeit von Flächen in landeseigenen Gebäuden in den Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Neukölln war die Anmietung von neuen Objekten für die Erfüllung der Aufgaben der Außenstellen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (unter anderem Schulaufsicht und Beschäftigtenvertretungen) notwendig. Hierfür war die Zulassung überplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich (Rote Nummern 3407, 3620, 3404 A).		
1010	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -		
68644	Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona"	---	1.563.000,00
	Für die Umsetzung der Berliner Maßnahmen zum Abbau von Lernrückständen im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
68695	Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)	---	2.892.000,00
	Auf der Grundlage des für die Förderperiode 2014-2020 beschlossenen Operationellen Programms (OP) und der Anpassungen beziehungsweise Kontingentsumschichtung aufgrund der Covid-19-Pandemie und ihren Folgen, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen zur Erteilung von Aufträgen für das neue Förderinstrument 16 B2 „Schulcoaches“ erforderlich.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
1011	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schulische Berufliche Bildung -		
68695	Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)	---	15.716.708,00
	Auf der Grundlage des für die Förderperiode 2014-2020 beschlossenen Operationellen Programms (OP) und der Anpassungen beziehungsweise Kontingentumschichtung aufgrund der Covid-19-Pandemie und ihren Folgen, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen zur Erteilung von Aufträgen für das Förderinstrument 17 „(Betriebs-) pädagogische Begleitung an beruflichen Schulen“ sowie aus der Initiative REACT-EU für die neuen Förderinstrumente 30 „(Betriebs-) pädagogische Begleitung an beruflichen Schulen“, 30 a „IBA Digitale Lernbegleitung“, 31 „Ferienschulen berufliche Bildung“ und 32 „Bildungsbegleitung Schulcoaches“ erforderlich.		
1012	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden und zentral verwalteten Schulen -		
51426	Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke	---	33.900.000,00
	Aufgrund der anhaltenden Covid-19-Pandemie und einer nicht vorhergesehenen, zunehmend dynamischen Entwicklung war die Beschaffung weiterer Schnelltests für Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen und Kindertagesstätten dringend erforderlich. Hierfür war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich (RN 0060).		
68644	Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona"	---	15.000.000,00
	Für die Umsetzung der Berliner Maßnahmen zum Abbau von Lernrückständen im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen für die Schulbudgets der allgemeinbildenden öffentlichen Schulen sowie für die Finanzierung der Landeslizenz „bettermarks“ und die Erstellung von Unterrichtsunterlagen in „itslearning“ erforderlich.		
81211	Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Mitte	---	1.000.000,00
	Die Vergabe von überjährigen Aufträgen, auch aufgrund pandemiebedingt verlängerter Lieferfristen, für Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule war zur Sicherstellung des Schulbetriebes auf Basis digitaler Formate unerlässlich. Aus diesem Grund und um die Bundeseinnahmen in den kommenden Jahren zu gewährleisten, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
81212	Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg	---	1.000.000,00
	Die Vergabe von überjährigen Aufträgen, auch aufgrund pandemiebedingt verlängerter Lieferfristen, für Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule war zur Sicherstellung des Schulbetriebes auf Basis digitaler Formate unerlässlich. Aus diesem Grund und um die Bundeseinnahmen in den kommenden Jahren zu gewährleisten, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
81213	Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Pankow	---	1.000.000,00
	Die Vergabe von überjährigen Aufträgen, auch aufgrund pandemiebedingt verlängerter Lieferfristen, für Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule war zur Sicherstellung des Schulbetriebes auf Basis digitaler Formate unerlässlich. Aus diesem Grund und um die Bundeseinnahmen in den kommenden Jahren zu gewährleisten, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
81214	Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf	---	1.000.000,00
	Die Vergabe von überjährigen Aufträgen, auch aufgrund pandemiebedingt verlängerter Lieferfristen, für Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule war zur Sicherstellung des Schulbetriebes auf Basis digitaler Formate unerlässlich. Aus diesem Grund und um die Bundeseinnahmen in den kommenden Jahren zu gewährleisten, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
81215	Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Spandau	---	1.000.000,00
	Die Vergabe von überjährigen Aufträgen, auch aufgrund pandemiebedingt verlängerter Lieferfristen, für Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule war zur Sicherstellung des Schulbetriebes auf Basis digitaler Formate unerlässlich. Aus diesem Grund und um die Bundeseinnahmen in den kommenden Jahren zu gewährleisten, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
81216	Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Steglitz-Zehlendorf	---	1.000.000,00
	Die Vergabe von überjährigen Aufträgen, auch aufgrund pandemiebedingt verlängerter Lieferfristen, für Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule war zur Sicherstellung des Schulbetriebes auf Basis digitaler Formate unerlässlich. Aus diesem Grund und um die Bundeseinnahmen in den kommenden Jahren zu gewährleisten, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
81217	Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Tempelhof-Schöneberg	---	1.000.000,00
	Die Vergabe von überjährigen Aufträgen, auch aufgrund pandemiebedingt verlängerter Lieferfristen, für Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule war zur Sicherstellung des Schulbetriebes auf Basis digitaler Formate unerlässlich. Aus diesem Grund und um die Bundeseinnahmen in den kommenden Jahren zu gewährleisten, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
81218	Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Neukölln	---	1.000.000,00
	Die Vergabe von überjährigen Aufträgen, auch aufgrund pandemiebedingt verlängerter Lieferfristen, für Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule war zur Sicherstellung des Schulbetriebes auf Basis digitaler Formate unerlässlich. Aus diesem Grund und um die Bundeseinnahmen in den kommenden Jahren zu gewährleisten, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
81219	Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Treptow-Köpenick	---	1.000.000,00
	Die Vergabe von überjährigen Aufträgen, auch aufgrund pandemiebedingt verlängerter Lieferfristen, für Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule war zur Sicherstellung des Schulbetriebes auf Basis digitaler Formate unerlässlich. Aus diesem Grund und um die Bundeseinnahmen in den kommenden Jahren zu gewährleisten, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
81220	Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Marzahn-Hellersdorf	---	1.000.000,00
	Die Vergabe von überjährigen Aufträgen, auch aufgrund pandemiebedingt verlängerter Lieferfristen, für Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule war zur Sicherstellung des Schulbetriebes auf Basis digitaler Formate unerlässlich. Aus diesem Grund und um die Bundeseinnahmen in den kommenden Jahren zu gewährleisten, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
81221	Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Lichtenberg	---	1.000.000,00
	Die Vergabe von überjährigen Aufträgen, auch aufgrund pandemiebedingt verlängerter Lieferfristen, für Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule war zur Sicherstellung des Schulbetriebes auf Basis digitaler Formate unerlässlich. Aus diesem Grund und um die Bundeseinnahmen in den kommenden Jahren zu gewährleisten, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
81222	Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Reinickendorf	---	1.000.000,00
	Die Vergabe von überjährigen Aufträgen, auch aufgrund pandemiebedingt verlängerter Lieferfristen, für Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule war zur Sicherstellung des Schulbetriebes auf Basis digitaler Formate unerlässlich. Aus diesem Grund und um die Bundeseinnahmen in den kommenden Jahren zu gewährleisten, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
81223	Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der zentral verwalteten Schulen	---	500.000,00
	Die Vergabe von überjährigen Aufträgen, auch aufgrund pandemiebedingt verlängerter Lieferfristen, für Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule war zur Sicherstellung des Schulbetriebes auf Basis digitaler Formate unerlässlich. Aus diesem Grund und um die Bundeseinnahmen in den kommenden Jahren zu gewährleisten, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
81224	Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der berufsbildenden Schulen	---	1.000.000,00
	Die Vergabe von überjährigen Aufträgen, auch aufgrund pandemiebedingt verlängerter Lieferfristen, für Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts Schule war zur Sicherstellung des Schulbetriebes auf Basis digitaler Formate unerlässlich. Aus diesem Grund und um die Bundeseinnahmen in den kommenden Jahren zu gewährleisten, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
1021	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Berufsbildende Schulen -		
68262	Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB	---	1.328.000,00
	Um die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) im Rahmen einer Projektvereinbarung zu verpflichten, die Planungsunterlagen für den 2. Bauabschnitt des Oberstufenzentrums Bekleidung und Mode (02B03) über ein Planungsbüro erstellen zu lassen, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
68644	Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona"	---	3.033.120,00
	Für die Umsetzung der Berliner Maßnahmen zum Abbau von Lernrückständen im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen für die Schulbudgets der berufsbildenden Schulen erforderlich.		
1040	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Familie und frühkindliche Bildung -		
51426	Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke	---	3.150.000,00
	Aufgrund der anhaltenden Covid-19-Pandemie und einer nicht vorhergesehenen, zunehmend dynamischen Entwicklung war die Beschaffung weiterer Schnelltests für Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen und Kindertagesstätten dringend erforderlich. Hierfür war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich (RN 0060).		
1042	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Jugend und Kinderschutz -		
68644	Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona"	---	9.303.898,00
	Mit der Auflegung des Bundesprogramms „Aufholen nach Corona“ stehen Berlin gemäß der Bund-Länder-Vereinbarung für Maßnahmen im Bildungs- und Jugendbereich insgesamt 18 Mio. € für das Jahr 2021 und 38 Mio. € für das Jahr 2022 zur Verfügung. Zur Finanzierung verschiedener Maßnahmen im Jugendbereich, die zur Abfederung der Pandemiefolgen dienen, war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		
68695	Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)	---	3.967.000,00
	Auf der Grundlage des für die Förderperiode 2020-2022 beschlossenen Operationellen Programms (OP) und der Anpassungen an die Änderungen beziehungsweise Kontingentsumschichtungen war die Zulassung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
1150	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Soziales -		
54010	Dienstleistungen	---	5.178.919,00
<p>Die Gesamtsumme setzt sich aus drei unterschiedlichen Sachverhalten zusammen.</p> <p>Für die Verlängerung des Dienstleistungsvertrages der Berliner unabhängigen Beschwerdestelle (BuBS) war die Zulassung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3.138.919 € erforderlich.</p> <p>Eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.790.000 € wurde für die Durchführung der Maßnahmen zur weiteren Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) benötigt. Der Pandemieverlauf im Jahr 2020 hat in der Umsetzung massiv zu Verzögerungen geführt, weil aufgrund der Kontaktbeschränkungen Maßnahmen nicht durchgeführt oder evaluiert werden konnten beziehungsweise im Hinblick auf pandemiegerechte Umsetzungsstrategien konzeptionell überarbeitet werden mussten. Mit Ablauf des Jahres 2020 verfielen die hierfür im Haushaltsplan 2020 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen. Es handelt sich demgegenüber inhaltlich um keine neuen Projekte.</p> <p>Für die Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten aus dem Libanon im Rahmen des Landesaufnahmeprogrammes ist der Berliner Senat auf Unterstützungsleistungen durch die Internationale Organisation für Integration (IOM) angewiesen. Diese unterstützt bei der Auswahl, den Visums- und Ausreisepflichterhebungen, bei Gesundheitsuntersuchungen sowie bei der Vorabinformation der aufzunehmenden Menschen. Um die Aufnahme des zweiten geplanten Kontingentes im Rahmen des Landesaufnahmeprogrammes im ersten Halbjahr 2022 zu gewährleisten, war die Unterzeichnung eines Vertrages mit IOM über die zu erbringenden Unterstützungsleistungen noch im Jahr 2021 notwendig. Hierfür wurde eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 250.000 € zugelassen.</p>			
68213	Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten	---	10.000.000,00
<p>Im Rahmen der Zuständigkeitsverlagerung zur Ausstellung und Ausgabe des berlinpass zu den leistungsgewährenden Stellen sowie der Einführung einer BVG-Trägerkarte war für den Abschluss eines Vertrages mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) mit Laufzeit vom 01. Januar 2022 bis 31. Dezember 2023 die Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10 Mio. € erforderlich.</p>			
68495	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)	---	16.715.792,00
<p>Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurden Berlin zusätzliche Mittel im Rahmen REACT-EU bereitgestellt, die über den Europäischen Sozialfond (ESF) und den Europäischen Fond für regionale Entwicklung (ERDF) umgesetzt werden sollen. Der Interventionsatz der Europäischen Union beträgt 100 %. Im Rahmen des ESF wurden die neuen ESF-Instrumente 36 - Wohnungslosenhilfe und 37 - Mobile Stadtteilarbeit in die Anpassung des operationellen Programms des ESF in Berlin aufgenommen.</p>			
1164	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Versorgung -		
54010	Dienstleistungen	18.000.000	1.986.000,00
<p>Für den Vertragsabschluss zur Fortführung des Sonderfahrdienstes wurden höhere Ausgaben als bisher veranschlagt notwendig. Daher war eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für die in den Folgejahren zu leistenden Ausgaben erforderlich. Bei der Aufstellung des Haushaltsplan 2020/2021 konnte dieses Erfordernis noch nicht berücksichtigt werden.</p>			
1166	Landesamt für Gesundheit und Soziales - Soziales -		
68298	Leistungen an öffentliche Unternehmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch-	---	3.100.000,00
<p>Für den Abschluss von zwei Verwaltungsvereinbarungen mit der Bundesagentur für Arbeit zur Durchführung von Arbeitsmarktprogrammen, die aus Mitteln der Ausgleichsabgabe für die Jahre 2021 bis 2023 finanziert werden, war eine Verpflichtungsermächtigung für die in den Jahren 2022 und 2023 zu leistenden Beträge erforderlich. Bei der Aufstellung des Haushaltsplan 2020/2021 konnte dieses Erfordernis noch nicht berücksichtigt werden.</p>			

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
68398	Leistungen an private Unternehmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch-	---	413.000,00

Für die Gewährung von Leistungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 4 Schwerbehindertenausweisverordnung (SchwbAW) aus Mitteln der Ausgleichsabgabe war eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 413.000 € für die in den Jahren 2022 bis 2024 zu leistenden Beträge erforderlich.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
1200	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -		
51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	---	106.712,00
	Zur haushaltswirtschaftlichen Absicherung der Verlängerung des Mietvertrages bis ins Haushaltsjahr 2027 mussten für das Mietobjekt Karl-Liebknecht-Straße 11 außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für Betriebskosten zugelassen werden.		
51820	Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management	---	262.151,00
	Zur haushaltswirtschaftlichen Absicherung der Verlängerung des Mietvertrages bis ins Haushaltsjahr 2027 mussten für das Mietobjekt Karl-Liebknecht-Straße 11 außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für die Mietkosten zugelassen werden.		
1220	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Städtebau und Projekte -		
68203	Zuschuss an die Grün Berlin GmbH	---	1.300.000,00
	Am 05. August 2021 erfolgte die Besitzüberlassung des Areals des ehemaligen Flughafens Tegel an das Land Berlin. Zum 01. Dezember 2021 sollte die Grün Berlin GmbH die Flächen des künftigen Landschaftsraumes "Tegeler Stadtheide" zur Entwicklung und Bewirtschaftung einschließlich der Ausübung der Eigentümerrechte und -pflichten übernehmen. Zur Sicherstellung eines nahtlosen Übergangs der Bewirtschaftung und Pflege des Landschaftsraums mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
1240	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Wohnungswesen, Wohnungsneubau, Stadterneuerung, Soziale Stadt -		
52609	Thematische Untersuchungen	---	1.400.000,00
	Zur Absicherung der EU-weiten Ausschreibung für die Erstellung der Mietspiegel 2023 und 2025 mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
54010	Dienstleistungen	14.930.000	1.135.947,00
	Zur Absicherung der EU-weiten Ausschreibung für die im Jahr 2021 endenden BENN-Standorte (Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften) mussten überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
68544	Projekte der Freiwilligenarbeit	1.000.000	2.500.000,00
	Zur korrekten haushaltswirtschaftlichen Umsetzung des „Zivilgesellschaftlichen Engagements“ mussten überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
1320	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -		
54010	Dienstleistungen	285.000	501.543,30
	Für die Verlängerung und Vertragsanpassung des Geschäftsbesorgungsvertrages bis zum 31. Dezember 2021 mit der atene KOM GmbH als Dienstleisterin zur Abwicklung des Förderprogramms "Kongressfonds Berlin" mussten überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
54053	Veranstaltungen	150.000	246.000,00
	Für den Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrages im Jahr 2021 zur Durchführung der Deutschen Gründer- und Unternehmertage (deGUT) mussten überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
68244	Zuschuss an die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH	9.843.000	4.694.000,00
	Aufgrund der Überführung der bisherigen Projektförderung clusterpolitischer Maßnahmen in die institutionelle Förderung war die Zulassung von überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen für die Gewährung der Zuwendung für das Jahr 2022 erforderlich.		
68316	Förderung des Berlin-Marketing	2.500.000	3.676.994,00
	Für die Schaffung von Planungssicherheit für die BTK und aufgrund des großen Bedarfs an finanzieller Unterstützung für eine nahtlose Fortsetzung des Förderprogramms „Kongressfonds Berlin“ mussten überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
1330	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Betriebe und Strukturpolitik -		
54692	Sonstige Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	---	343.000,00
	Für die Beauftragung einer wissenschaftlichen Begleitung zur Umsetzung des Förderprogramms für den Europäischen Sozialfonds (ESF) 2021 – 2027 und für den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung für die Bereitstellung und Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung der Software efReporter4 für die EU-Förderperiode 2021 - 2027 für den ESF+, mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
54697	Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	---	70.000,00
	Für die Ausschreibung einer wissenschaftlichen Begleitung zur Umsetzung des Förderprogramms für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) 2021 - 2027 (n+2) und für den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung für die Bereitstellung und Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung der Software efReporter4 für die EU-Förderperiode 2021 - 2027 für den EFRE mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
67125	Ersatz von Ausgaben der Messe Berlin	---	13.000.000,00
	Für den Abschluss der Grundlagenvereinbarung mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
68368	Zuschüsse zur Steigerung der Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen	4.377.000	4.207.287,80
	Die Inanspruchnahme der zusätzlichen Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Kapitel 1330, Titel 68395 für die „Berlin Startup-Stipendien“ sind mit Landesmitteln zu kofinanzieren. Hierfür mussten überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		
68395	Zuschüsse an private Unternehmen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)	4.910.000	9.078.523,68
	Für die Inanspruchnahme zusätzlicher Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Förderinstrument „Berlin Startup-Stipendium“ und für die finanzielle Absicherung laufender sowie neuer Maßnahmen aufgrund der zusätzlichen Mittel aus dem ESF durch REACT-EU mussten überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
1500	Senatsverwaltung für Finanzen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -		
51101	Geschäftsbedarf	---	460.000,00
	Um den Vertrag für die Landeslizenzen der Online-Rechtsdatenbanken Beck-Online und Juris-Online abzuschließen, war zur Finanzierung des Anteils der Senatsverwaltung für Finanzen die Zulassung einer Verpflichtungsermächtigung notwendig.		
51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	---	911.000,00
	Die Zustimmung ist für den Abschluss einer beziehungsweise mehrerer Projektvereinbarungen mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH für die notwendigen Umbaumaßnahmen im Dienstgebäude Klosterstraße 59 (vornehmlich im 2. Obergeschoss) im Zusammenhang mit dem Projekt "modernes Arbeiten" notwendig. Die Umbaumaßnahmen stehen außerdem in Verbindung mit der zeitlich bis zum 31. Oktober 2023 begrenzten Anmietung des Dienstgebäudes Klosterstraße 71, sodass im Vorfeld festgelegte Termine für die Umsetzung unbedingt eingehalten werden müssen.		
54003	Geschäftsprozessoptimierung	---	113.000,00
	Zur sachgerechten Fortführung und Evaluation musste für das Digitalisierungsprojekt von SoFinData (Aufbau einer Datenmanagementplattform als Steuerungsgrundlage zur integrierten Sozial- und Finanzplanung) eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zugelassen werden.		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
2503	Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister		
51160	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT Für die Fortführung des Microsoft Enterprise Agreement-Vertrags musste eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zugelassen werden.	---	444.000,00
2505	Senatsverwaltung für Inneres und Sport		
51145	Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT Für den Abschluss eines Betriebsvertrages für den Standardnetzzugang für drei Dienstgebäude war es erforderlich, eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zuzulassen.	---	545.600,00
51160	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT Für die Ausstattung des neu angemieteten Dienstgebäudes Klosterstraße 64 mit Netzwerkkomponenten sowie zur Erweiterung des Dienstleistungsvertrags für die Ertüchtigung des mobilen Arbeitens der Senatsverwaltung für Inneres und Sport waren außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.	---	982.680,00
2506	Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (Stammhaus)		
51160	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT Für den Abschluss eines Microsoft Enterprise Agreement-Vertrags musste eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zugelassen werden.	---	238.000,00
2508	Senatsverwaltung für Kultur und Europa		
51145	Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT Für den Abschluss eines Betriebsvertrages für den Standardnetzzugang des Dienstgebäudes Brunnenstraße 188-190 war es erforderlich, eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zuzulassen.	---	478.900,00
2510	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie		
51160	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT Für den Ausbau der mobilen Arbeit in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie war die Zulassung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für den Abschluss des Betriebsvertrags „Auto-VPN“ erforderlich.	8.628.900	1.410.000,00
2511	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales		
51160	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT Für den Abschluss eines Microsoft Enterprise Agreement-Vertrags musste eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zugelassen werden.	---	340.000,00
2532	Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg		
51145	Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT Für den Abschluss eines Betriebsvertrages für den Standardnetzzugang für den Standort Landsberger Allee 23 des Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg war es erforderlich, eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zuzulassen.	290.000	1.609.177,50
2534	Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf		
51145	Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT Zur Modernisierung und Ertüchtigung der Standorte Otto-Suhr-Allee 100 und Hohenzollerndamm 174-177 des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf mit für den aktuell jeweiligen Bedarf entsprechend dimensionierten Standardnetzzugängen (SNZ) und damit einhergehendem Abschluss eines Betriebsvertrages für den Standardnetzzugang war die Zulassung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erforderlich.	---	1.069.500,00

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
2536 Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf			
51145	Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT	---	486.970,00
Zur Modernisierung und Ertüchtigung des Standortes Kirchstraße 1/3 des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf und dem Abschluss eines Betriebsvertrages für den Standardnetzzugang war die Zulassung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erforderlich.			
2540 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf			
51921	Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur	---	728.000,00
Für die Ausschreibung der Planungsleistungen zur Herstellung der Migrationsreadiness der Gebäudeinfrastruktur für die Standorte Alice-Salomon-Platz 3, Alte Rhinstraße 4, Premnitzer Straße 11 und 13, Risaer Straße 54 sowie Schkopauer Ring 2 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf musste eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zugelassen werden.			
2541 Bezirksamt Lichtenberg			
51145	Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT	---	336.616,92
Für den schrittweisen Betriebsübergang und die Umstellung der digitalen und analogen Telefonendgeräte im bezirklichen Telefonnetzverbund des Bezirksamtes Lichtenberg auf IP-Telefonie, PC-Fax und VoiceMail war es notwendig, eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für den Standardnetzzugang im Rahmen des Anschlusses an das Berliner Landesnetz zuzulassen.			
2552 Der Polizeipräsident in Berlin			
51813	Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT	---	1.256.700,00
Für den Abschluss eines Mietvertrages hinsichtlich der Speichersysteme der Polizei war es erforderlich, eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zuzulassen.			

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
2707	Aufwendungen der Bezirke - Umwelt, Verkehr und Klimaschutz -		
54106	Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft	---	5.834.272,28

Für die finanzielle Absicherung der Bezirke im Rahmen der auftragsweisen Bewirtschaftung, für die kontinuierliche Weiterbeschäftigung pädagogisch versierten Personals und für die Parkbetreuung in den Grünanlagen mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
	<i>Überplanmäßige VE</i>		55.689.223,45
	<i>Außerplanmäßige VE</i>		400.389.447,22
	Gesamt		456.078.670,67

Hinzu treten drei weitere Verpflichtungsermächtigungen, die nicht im DV-System erfasst wurden.:

0531 Der Polizeipräsident in Berlin - Polizeipräsidium -			
51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	5.000.000	5.026.089,99 €
	Zum Abschluss erforderlicher Verträge im Zusammenhang mit der Sicherung des Betriebes des Verfahrens BOWI 21 musste eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zugelassen werden.		
54010	Dienstleistungen	800.000	1.950.000,00
	Für die aufgrund von Kündigungen für zwei Gebietslose benötigten neuen Vertragsabschlüsse zur Durchführung von Umsetzungen und Sicherstellungen von Fahrzeugen ab dem 1. Januar 2022 musste eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zugelassen werden.		
54012	Ersatzvornahmen	750.000	2.250.000,00
	Für die Ausschreibung neuer Verträge für Ersatzvornahmen (Türöffnungen und Eigentumssicherungen/ Gefahrenabwehr zur Durchführung polizeilicher Maßnahmen) musste eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zugelassen werden.		
	Zusätzliche überplanmäßige VE		9.226.089,99
	Zusätzliche außerplanmäßige VE		0,00
	Gesamt		9.226.089,99

Hinweg fällt eine Verpflichtungsermächtigung, welche im DV-System erfasst und nicht aufgehoben wurde:

1150 Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Soziales -			
68213	Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten	---	10.000.000,00
	Im Rahmen der Zuständigkeitsverlagerung zur Ausstellung und Ausgabe des berlinpass zu den leistungsgewährenden Stellen sowie der Einführung einer BVG-Trägerkarte war für den Abschluss eines Vertrages mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) mit Laufzeit vom 01.Januar 2022 bis 31. Dezember 2023 die Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10 Mio. € erforderlich.		
	wegfallende überplanmäßige VE		0,00
	wegfallende außerplanmäßige VE		10.000.000,00
	Gesamt		10.000.000,00

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
--------------------------	--------------------	---------------	---

Die sich daraus ergebenden neuen Summen:

<i>Überplanmäßige VE</i>			64.915.313,44
<i>Außerplanmäßige VE</i>			390.389.447,22
Gesamt			455.304.760,66

**Übersicht über die im Haushaltsjahr 2021
in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen in Mitte (31)**

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
------------------	-------------	--------	--

3306 Serviceeinheit Facility Management

54010	Dienstleistungen	1.348.000	610.596,41
-------	------------------	-----------	------------

Ausgaben für Wachschutz im Rahmen der Corona-Pandemie an den verschiedenen Standorten des Bezirksamtes Mitte zur Sicherung der Zugangsberechtigung in die Bürodienstgebäude bis einschließlich November 2021. Die Maßnahmen zur Sicherung der Vorschriften des Infektionsschutzgesetzes waren aufgrund der aktuellen Pandemielage dringend erforderlich.

Ausgleich Basiskorrektur 2021 gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 - Schreiben SenFin II D17 Nr. 6.2 vom 21. April 2022

3320 Geschäftsbereich 2

51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	---	52.598,00
-------	--	-----	-----------

Mehrausgaben im Rahmen der Anschaffung einer Aufrufanlage für die temporäre Impfstätte im Einkaufszentrum Alexa, die gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung und dem Deutschen Roten Kreuz betrieben wurde (Wartung, Einbindung LED Walls, Einrichtung Kunden-App einschließlich Wartung).

Ausgleich Basiskorrektur gemäß 2021 § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 - Schreiben SenFin II D17 Nr. 6.2 vom 21. April 2022

3620 Musikschulen

71501	Ergänzungsbau zur Musikschule Ruheplatzstraße	---	840.492,16
-------	---	-----	------------

Mehrausgaben für die durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen im Rahmen der Infrastrukturmaßnahmen in Stadterneuerungsgebieten geförderte Baumaßnahme. Die Erhöhung der Gesamtkosten wurde aufgrund der Ergänzungsunterlage vom 20. August 2020 durch das Bezirksamt am 08. Dezember 2020 genehmigt (BA-Vorlage 1250).

Ausgleich:
Kapitel 3701, Titel 71401

3701 Grundschulen

51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	594.848,32
-------	---	-----	------------

Anmietung von Containern als temporäre Ausweichfläche zur Unterbringung von Schülern an den Standorten Anna-Lindh-Grundschule, im Jahr 2021 (236.162,93 €), City-Grundschule, Januar bis Mai 2021 (144.575,83 €) und Gustav-Falke-Grundschule, Januar bis Mai 2021 (130.900,00 €) sowie Anmietung Mensacontainer Papageno-Grundschule im Jahr 2021 (83.209,56 €).

Ausgleich:
Kapitel 3700, Titel 42801 in Höhe von 83.209,56 €
Kapitel 3640, Titel 81230 in Höhe von 411.638,76 €
Kapitel 3700, Titel 54010 in Höhe von 100.000 €

3703 Gemeinschaftsschulen

51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	77.611,80
-------	---	-----	-----------

Anmietung Mensacontainer Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule

Ausgleich:
Kapitel 3700, Titel 51802 in Höhe von 67.061,47 €
Kapitel 3700, Titel 51408 in Höhe von 10.550,33 €

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3915	Leistungen für Menschen mit Behinderungen		
68102	Entschädigungen, Ersatzleistungen	---	119.286,86
	<p>Neue Ausgaben zur Finanzierung von Zuschüssen für Fahrdienste nach dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG), die während der Pandemie zum Teil die Fahrdienstleistungen nicht vornehmen konnten.</p> <p>Ausgleich: Kapitel 3910, Titel 52601 in Höhe von 41.389,61 € Kapitel 3910, Titel 54010 in Höhe von 77.897,25 €</p>		
3960	Leistungen nach SGB II - Kommunale Träger -		
42830	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zuwendung)	7.965.000	627.639,67
	<p>Mehrausgaben bei den Personalkosten des Jobcenters, welche gemäß der „Vereinbarung über die Personalkostenerstattung im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch II“ von der Bundesagentur für Arbeit erstattet wurden.</p> <p>Ausgleich Mehreinnahmen im Kapitel 3960, Titel 23608 (korrespondierender Einnahmetitel)</p>		
4100	Gesundheit und Jugendgesundheitsdienst		
51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	74.800	477.711,93
	<p>Mietausgaben für die Turmstraße 21 Haus B für das Pandemieamt. Zustimmung vom Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26. August 2020 erteilt.</p> <p>Ausgleich Basiskorrektur 2021 gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 - Schreiben SenFin II D17 Nr. 6.2 vom 21. April 2022</p>		
68102	Entschädigungen, Ersatzleistungen	---	290.000,00
	<p>Kompensationszahlungen an den Vermieter der Turmstraße 21 Haus B (Unterbringung des Pandemieamtes) für nutzerspezifische Umbaumaßnahmen auf Wunsch des Mieters, insbesondere Anpassungen an durch das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) vorgegebene Standards.</p> <p>Ausgleich Basiskorrektur 2021 gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 - Schreiben SenFin II D17 Nr. 6.2 vom 21. April 2022</p>		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
	<i>Überplanmäßige Ausgaben</i>		1.715.948,01
	<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>		1.974.837,14
	Gesamt		3.690.785,15

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
3306	Serviceeinheit Facility Management		
70300	Sanierung Fassade und Fenster, Bürodienstgebäude Mathilde-Jacob-Platz	---	6.250.000,00
<p>Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen vom 28. April 2021 zur Inanspruchnahme einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung zur Beauftragung von Leistungen in künftigen Haushaltsjahren gemäß der Anmeldung zur Investitionsplanung 2021 - 2025 (für 2022/2023/2024/2025 jeweils 1.450.000 €, für 2026 450.000 €).</p>			
3705	Sonderpädagogische Förderzentren		
70100	01S07, Charlotte-Pfeffer-Schule: Umbau zu einer Sonderschule mit Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" sowie Sanierung und Erweiterung; 10178, Berolinastraße 8	---	6.928.124,00
<p>Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen vom 11. März 2021 zur Inanspruchnahme einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung aufgrund der geprüften 2. EU 2019 zur Beauftragung von Leistungen in künftigen Haushaltsjahren (für 2022 5.968.000 €, für 2023 960.124 €).</p>			
4200	Stadtentwicklung und Quartiersmanagement		
54010	Dienstleistungen	---	200.000,00
<p>Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für Mieterberatungsleistungen in sozialen Erhaltungsgebieten (sogenannte Milieuschutzgebiete) gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB).</p>			

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
	<i>Überplanmäßige VE</i>		<i>0,00</i>
	<i>Außerplanmäßige VE</i>		<i>13.378.124,00</i>
	Gesamt		13.378.124,00

**Übersicht über die im Haushaltsjahr 2021
in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen in Friedrichshain-Kreuzberg (32)**

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3306	Serviceeinheit Facility Management		
42823	Entgelte für zusätzliche nichtplanmäßige Tarifbeschäftigte Personaldienstleistung zu Windows 10 Umstellung Ausgleich: Kapitel 3306, Titel 42801 Konfiguration von 1060 Laptops Ausgleich durch Neutralstellung Jahresabschlussbuchung 2021	---	151.783,34
51479	Allgemeine Verbrauchsmittel Pandemiebedingte Mehrausgaben für FFP2-Masken, Desinfektionsmittel und Einmalhandschuhe Ausgleich durch Neutralstellung Jahresabschlussbuchung 2021	20.000	94.868,08
51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements Betriebs- und Nebenkosten im Zusammenhang mit der Anmietung zusätzlicher Räume in der Klosterstraße 71 (Gesundheitsamt, pandemiebedingte Nachverfolgung der Infektionsketten) Ausgleich durch Neutralstellung Jahresabschlussbuchung 2021	121.000	65.799,84
51820	Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management Anmietung zusätzlicher Räume in der Klosterstraße 71 (Gesundheitsamt, pandemiebedingte Nachverfolgung der Infektionsketten) Ausgleich durch Neutralstellung Jahresabschlussbuchung 2021	123.000	132.784,26
51900	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Ausgaben für Jugendeinrichtung „Haus Europa“ - Sanitär und Küche Ausgleich durch Neutralstellung Jahresabschlussbuchung 2021	3.435.000	139.592,58
54010	Dienstleistungen coronabedingte Mehrausgaben für Wachschutz Ausgleich durch Neutralstellung Jahresabschlussbuchung 2021 Gebäudefeuerversicherung - Beratung per Dienstleistung Ausgleich: Kapitel 4510, Titel 42801	436.000	81.800,00
71502	Errichtung einer Fahrradabstellanlage in der Yorckstraße 4-11 Errichtung eines Fahrradhauses im Rahmen des nachhaltigen Fuhrparks Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 97101	---	190.487,61

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3500	Bürgerdienste, Bürgerämter und Wahlen		
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten TaskForce Bürgerdienste Ausgleich: Kapitel 3500, Titel 42201	---	74.384,29
42823	Entgelte für zusätzliche nichtplanmäßige Tarifbeschäftigte Personalausgaben für die Verbesserung der Terminsituation in den Bürgerämtern Ausgleich: Kapitel 3502, Titel 42801	---	74.878,97
3620	Musikschulen		
42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter Honorarzahlungen auf der Grundlage der Verträge und Beschlüsse zu Honorarerhöhungen Ausgleich: Kapitel 3610, Titel 42701 Bezirkliches Nachbarschaftsprogramm Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 97101	1.920.000	141.295,61
3700	Schule und Sport		
42823	Entgelte für zusätzliche nichtplanmäßige Tarifbeschäftigte Finanzierung von nichtplanmäßigen Personal zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs Ausgleich: Kapitel 3700, Titel 42801 in Höhe von 46.800 € Kapitel 3400, Titel 68209 in Höhe von 159.229,41 €	---	206.029,41
3705	Sonderpädagogische Förderzentren		
68102	Entschädigungen, Ersatzleistungen Mehrausgaben für Zuschüsse für Fahrdienste Ausgleich: Kapitel 3705, Titel 67105	---	79.899,45
3800	Tiefbau und Straßenverwaltung		
42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten Personalausgaben im Zusammenhang mit anerkannten Mehrbedarfen Ausgleich: Kapitel 3400, Titel 68209	2.252.000	127.177,69
3810	Landschaftsplanung, Grün- und Freiflächen		
42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten Personalausgaben für Aufrechterhaltung der Grünflächenpflege Ausgleich durch den Gesamthaushalt	4.730.000	56.778,80

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
52110	Unterhaltung der Grünanlagen Pandemiebedingte Mehrausgaben für die intensivierte Grünflächenreinigung Ausgleich durch Neutralstellung Jahresabschlussbuchung 2021	2.911.000	344.193,96
3900	Soziales		
42823	Entgelte für zusätzliche nichtplanmäßige Tarifbeschäftigte Mehrausgaben für zwei Arbeitnehmerüberlassungsverträge mit einem Personaldienstleister Ausgleich durch den Gesamthaushalt	---	143.446,00
3910	Allgemeine soziale Leistungen		
68102	Entschädigungen, Ersatzleistungen Mehrausgaben bei Ordnungsbehördlichen Unterbringung gemäß Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) Ausgleich: Kapitel 3900, Titel 52601 coronabedingte Mehrausgaben für Verpflegung Ausgleich durch Neutralstellung Jahresabschlussbuchung 2021 Evakuierung aufgrund einer Bombenentschärfung sowie coronabedingte Mehrausgaben für Quarantäneunterbringung Ausgleich durch Neutralstellung Jahresabschlussbuchung 2021	1.000	63.301,70
68404	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen im Rahmen der Berliner Kältehilfe coronabedingte Mehrausgaben für Kältehilfe Ausgleich durch Neutralstellung Jahresabschlussbuchung 2021	852.000	270.296,68
68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen Ausgaben für das bezirkliche Nachbarschaftsprogramm Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 97101	1.591.000	142.279,19
3912	Leistungen nach SGB XII und LPfIGG in Einrichtungen		
67116	Stationäre Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG Mehrausgaben für die sogenannten LK (Leistungskomplex) 32 Fälle Ausgleich durch Basiskorrektur und Gesamthaushalt	9.327.000	311.370,00
3915	Leistungen für Menschen mit Behinderungen		
63615	Nichtstationäre Krankenhilfe Einrichtung neuer Buchungsstellen gemäß Bundesteilhabegesetz Ausgleich: Kapitel 3915, Titel 67126 in Höhe von 236.300 € Kapitel 3915, Titel 67133 in Höhe von 3.078,47 €	---	239.378,47

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
63625	Stationäre Krankenhilfe Einrichtung neuer Buchungsstellen gemäß Bundesteilhabegesetz Ausgleich: Kapitel 3915, Titel 67133 in Höhe von 10.000 € Kapitel 3915, Titel 67126 in Höhe von 80.000 € Kapitel 3911, Titel 63615 in Höhe von 100.000 €	---	190.948,77
63635	Sonstige Krankenhilfeleistungen Einrichtung neuer Buchungsstellen gemäß Bundesteilhabegesetz Ausgleich: Kapitel 3915, Titel 67126 in Höhe von 63.000 € Kapitel 3915, Titel 67133 in Höhe von 7.085,05 €	---	70.085,05
67116	Stationäre Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG Einrichtung neuer Buchungsstellen gemäß Bundesteilhabegesetz Ausgleich: Kapitel 3915, Titel 68128	---	137.199,66
67133	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen Einrichtung neuer Buchungsstellen gemäß Bundesteilhabegesetz Ausgleich durch Basiskorrektur und Gesamthaushalt	40.371.000	3.697.889,40
4010	Jugendsozialarbeit, Jugendarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz		
67161	Förderung der Erziehung in der Familie nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz Ausgaben für das bezirkliche Nachbarschaftsprogramm Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 97101	2.304.000	115.779,37
4015	Leistungen für Menschen mit Behinderungen		
68107	Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG Einrichtung neuer Buchungsstellen gemäß Bundesteilhabegesetz Ausgleich: Kapitel 4045, Titel 68107	---	159.862,36
4021	Kindertagesbetreuung		
68102	Entschädigungen, Ersatzleistungen Ersatzleistungen für bestehende Versorgungsengpässe mit Plätzen in der Kindertagesbetreuung Ausgleich durch den Gesamthaushalt	---	60.600,60
4100	Gesundheit und Jugendgesundheitsdienst		
42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten Befristete Beschäftigungsverhältnisse zur Kontaktverfolgung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie Ausgleich durch Neutralstellung Jahresabschlussbuchung 2021	5.407.000	1.290.161,27

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
4300	Umwelt- und Naturschutz		
81179	Fahrzeuge	---	195.000,00

Ausgaben im Rahmen des Nachhaltigen Fuhrparks

Ausgleich:

Kapitel 4500, Titel 97101

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
--------------------------	--------------------	---------------	---

	<i>Überplanmäßige Ausgaben</i>		7.075.368,43
	<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>		1.973.983,98
	Gesamt		9.049.352,41

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
------------------	-------------	--------	----------------------------------

entfällt

**Übersicht über die im Haushaltsjahr 2021
in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen in Pankow (33)**

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3306	Serviceeinheit Facility Management		
51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	466.000	100.661,26
	Finanzierung pandemiebedingter Ausgaben, insbesondere für die Ausstattung von Arbeitsplätzen für die Kontaktpersonenermittelnden und Corona-Organisationsteams, Beschaffung von Spuckschutzwänden, Stehleuchten für die Einhaltung der Abstandspflicht im Wahlamt sowie Beschilderungen.		
	Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 38630 in Höhe von 100.661,26 €		
51479	Allgemeine Verbrauchsmittel	55.000	313.395,22
	Finanzierung pandemiebedingter Ausgaben wie Schutzmasken, Corona-Schnelltests, Hygienemittel für die gesamte Bezirksverwaltung.		
	Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 38630 in Höhe von 313.395,22 €		
51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	3.173.000	68.180,00
	Anmietungen für die Arbeit der Kontaktpersonenermittelnden im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.		
	Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 38630 in Höhe von 68.180,00 €		
3500	Bürgerdienste, Bürgerämter und Wahlen		
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	---	467.073,61
	Finanzierung von zusätzlichem Personal für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen am 26. September 2021.		
	Ausgleich: Kapitel 3306, Titel 42201 in Höhe von 467.073,61 €		
51101	Geschäftsbedarf	52.500	99.270,11
	Finanzierung pandemiebedingter Ausgaben, insbesondere für zusätzliche Wahlkabinen und Wahlurnen zur Einhaltung der Abstandspflicht, Desinfektionsmittel, Sichtschutz sowie Handschuhe für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen am 26. September 2021.		
	Ausgleich: Kapitel 3500, Titel 54613 in Höhe von 97.538,56 € Kapitel 3500, Titel 52501 in Höhe von 1.731,55 €		
3910	Allgemeine soziale Leistungen		
68404	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen im Rahmen der Berliner Kältehilfe	10.000	641.519,50
	Finanzierung pandemiebedingter Ausgaben für zusätzliche Unterkünfte (Hostel Pfefferbett, GEBEWO – Storkower Straße 133A).		
	Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 38630 in Höhe von 641.519,50 €		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3915 Leistungen für Menschen mit Behinderungen			
68102	Entschädigungen, Ersatzleistungen	---	182.831,09
<p>Aufgrund einer nachträglichen Änderung der Systematik zum Berliner Teilhabegesetz mussten die Ersatzleistungen für Menschen mit Behinderung bei dieser Buchungsstelle nachgewiesen werden.</p> <p>Ausgleich: Kapitel 3915, Titel 68115 in Höhe von 182.831,09 €</p>			
4042 Hilfe zur Erziehung und Inobhutnahme			
67104	Stationäre Hilfen zur Erziehung nach SGB VIII innerhalb Berlins	16.755.000	1.257.200,00
<p>Mehrausgaben teilweise aufgrund zu hoher Stückkosten und durch die verfahrensbedingte Reduzierung der Planmengen.</p> <p>Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 38630 in Höhe von 1.257.200,00 €</p>			
4100 Gesundheit und Jugendgesundheitsdienst			
42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	3.000	197.760,98
<p>Finanzierung pandemiebedingter Ausgaben für Kontaktpersonenermittelnde</p> <p>Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 38630 in Höhe von 197.760,98 €</p>			
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	---	266.630,29
<p>Ausgaben für das Bundesprojekt „Studis4ÖGD“</p> <p>Ausgleich: Kapitel 4040, Titel 42201 in Höhe von 266.630,29 €</p>			

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
	<i>Überplanmäßige Ausgaben</i>		2.677.987,07
	<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>		916.534,99
	Gesamt		3.594.522,06

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
------------------	-------------	--------	----------------------------------

3701 Grundschulen

70123	03G36, Elisabeth-Christinen-Grundschule: Ausbau Grundschule durch Generalsanierung und Anbau an das Bestandsgebäude sowie Sporthallensanierung; 13156, Lindenberger Straße 12	---	455.016,23
-------	---	-----	------------

Zur Beauftragung von Bauleistungen

Mittel stehen im Haushaltsjahr 2022 zur Verfügung.

3705 Sonderpädagogische Förderzentren

70200	03S10, Marianne-Buggenhagen-Schule: Sanierung und Umbau 2. Gebäude zur Erweiterung Förderzentrum "Körperliche Entwicklung", Sanierung des Therapiebeckens, Außenanlagen; 13125, Ernst-Busch-Straße 27	---	317.916,00
-------	---	-----	------------

Zur Beauftragung von Bauleistungen

Mittel stehen im Haushaltsjahr 2022 zur Verfügung.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
------------------	-------------	--------	----------------------------------

	<i>Überplanmäßige VE</i>		<i>0,00</i>
	<i>Außerplanmäßige VE</i>		<i>772.932,23</i>
	Gesamt		772.932,23

Hinzu tritt eine Verpflichtungsermächtigung, die nicht im DV-System erfasst wurde:

3701 Grundschulen

70633	Errichtung von Interimsstandorten als Drehscheiben; 13189, Eschengraben/Talstraße, 03XD02	---	* 14.830.382,22
-------	---	-----	-----------------

Zur Beauftragung von Bauleistungen an das Generalunternehmen

Mittel stehen in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 zur Verfügung.

* Ansatz wurde im Zuge der Haushaltswirtschaft gemäß Haushaltsplan 2020/2021 auf diesen Titel umgesetzt.

	<i>Zusätzliche überplanmäßige VE</i>		<i>14.830.382,22</i>
	<i>Zusätzliche außerplanmäßige VE</i>		<i>0,00</i>
	Gesamt		14.830.382,22

Die daraus sich ergebenden neuen Summen:

	<i>Überplanmäßige VE</i>		<i>14.830.382,22</i>
	<i>Außerplanmäßige VE</i>		<i>772.932,23</i>
	Gesamt		15.603.314,45

**Übersicht über die im Haushaltsjahr 2021
in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen in Charlottenburg-Wilmersdorf (34)**

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über-/ außerplanmäßige Ausgaben
3306	Serviceeinheit Facility Management		
51701	Bewirtschaftungsausgaben	17.377.000	2.033.865,80
	<p>Mehrausgaben aufgrund erhöhter Kosten für die Reinigung der Schulen gemäß der Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung sowie für die Kosten für den Wachschatz zur Sicherheit des Personals und Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in der Zeit vom 01. Dezember 2020 – 30. November 2021.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte im Rahmen des § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.</p>		
3307	Serviceeinheit Personal und Finanzen		
52610	Gutachten	160.000	542.073,40
	<p>Mehrausgaben aufgrund der Erstattung der Aufwendungen eines Personaldienstleisters sowie für Sachmittel im Zusammenhang mit der Bereitstellung von medizinischem Personal und Testmaterial für die Durchführung von Corona-Schnelltests für die Präsenzbeschäftigten.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte im Rahmen des § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.</p>		
3340	Geschäftsbereich 4		
42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.122.000	135.582,41
	<p>Die Ansatzbildung bei den Personaltiteln orientiert sich an den Ist-Ausgaben der Vorjahre. Mehrbedarf aufgrund der verbesserten Besetzungslage vakanter Stellen.</p> <p>Ausgleich durch Einsparungen im Gesamthaushalt.</p>		
3715	Sportförderung		
71515	Umbau und Ersatzbau der Funktionsgebäude auf der Sportanlage Hubertusallee 50	900.000	93.795,28
	<p>Mehrausgaben in Höhe der in 2020 gesperrten Mittel zur Ausfinanzierung der Baumaßnahme in 2021.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte durch Sperre bei Kapitel 3702, Titel 71301.</p>		
3911	Leistungen nach SGB XII und LPfIGG außerhalb von Einrichtungen		
68128	Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG	19.969.000	1.100.000,00
	<p>Es handelt sich um Mittel für die Eingliederungshilfe von Menschen mit Behinderung. Diese Ausgaben werden mengenbezogen basiskorrigiert, was im Ergebnis zu einer negativen Basiskorrektur von ca. 1,1 Mio. € führt.</p> <p>Seitens der Abteilung sind Steuerungsmaßnahmen eingeleitet worden.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte im Rahmen des Jahresabschlusses über § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.</p>		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3915	Leistungen für Menschen mit Behinderungen		
67133	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen	48.097.000	5.500.000,00
	<p>Der Ansatz wurde im Rahmen der von der Senatsverwaltung für Finanzen übermittelten Produktbudgets der Eingliederungshilfe gebildet. Die Ausgaben der Hilfen nach dem Bundesteilhabegesetz/Eingliederungsleistungen werden mengenbezogen basiskorrigiert, was zu einer negativen Basiskorrektur führt.</p> <p>Seitens der Abteilung sind Steuerungsmaßnahmen eingeleitet worden.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte im Rahmen des § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.</p>		
4040	Förderung von Familien und familiärer Erziehung		
42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	3.469.000	113.867,10
	<p>Im Jahr 2021 sind im Bereich des Regionalen Sozialpädagogischen Dienstes (RSD) drei Verbeamtungen vorgenommen worden.</p> <p>Ausgleich durch Einsparungen im Gesamthaushalt.</p>		
4100	Gesundheit und Jugendgesundheitsdienst		
54010	Dienstleistungen	20.000	573.822,97
	<p>Mehrausgaben für den Einsatz von Personal des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen sowie eines Personaldienstleisters für die Prüfung und Nachverfolgung möglicher Infektionsketten in der Corona-Pandemie. Weiterhin wurde mit einem Fahrdienst eine Vereinbarung über den Transport von Abstrich-Teams (PCR-Test) innerhalb des Bezirks getroffen.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte im Rahmen des § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.</p>		
4200	Stadtentwicklung und Quartiersmanagement		
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	---	55.075,08
	<p>Die Ansatzbildung bei den Personaltiteln orientiert sich an den Ist-Ausgaben der Vorjahre. Mehrbedarf aufgrund der verbesserten Besetzungslage vakanter Stellen.</p> <p>Ausgleich durch Einsparungen im Gesamthaushalt.</p>		
4300	Umwelt- und Naturschutz		
42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	264.000	116.322,52
	<p>Die Ansatzbildung bei den Personaltiteln orientiert sich an den Ist-Ausgaben der Vorjahre. Mehrbedarf aufgrund der verbesserten Besetzungslage vakanter Stellen.</p> <p>Ausgleich durch Einsparungen im Gesamthaushalt.</p>		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
--------------------------	--------------------	---------------	---

	<i>Überplanmäßige Ausgaben</i>		10.209.329,48
	<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>		55.075,08
	Gesamt		10.264.404,56

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
3306	Serviceeinheit Facility Management		
51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	367.188,35

Der Büroflächenbedarf des Bezirksamtes muss weiterhin über Drittanmietungen gedeckt werden, da der Bezirk nicht über ausreichend eigene Flächen verfügt. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans für die Jahre 2020/2021 war nicht absehbar, ob und zu welcher Miethöhe eine Vertragsverlängerung für das Dienstgebäude Heerstraße 12-14 über das Jahr 2021 hinaus notwendig und möglich werden würde, sodass dafür keine Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt worden sind. Der Vertrag wird nunmehr bis 2025 verlängert. Im Entwurf des Haushaltsplans 2022/2023 wurden die erforderlichen Mittel berücksichtigt.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
	<i>Überplanmäßige VE</i>		<i>0,00</i>
	<i>Außerplanmäßige VE</i>		<i>367.188,35</i>
	<i>Gesamt</i>		<i>367.188,35</i>

**Übersicht über die im Haushaltsjahr 2021
in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen in Spandau (35)**

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
------------------	-------------	--------	--

3611	Geschäftsstelle Servicezentrum der Volkshochschulen		
-------------	--	--	--

51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	30.000	82.000,00
-------	--	--------	-----------

Das Servicezentrum der Berliner Volkshochschulen ist eine seit dem 01. Januar 2020 offiziell eröffnete bezirksübergreifende, dennoch sich im Aufbau befindende Organisationseinheit, deren Wichtigkeit zur Erwachsenenbildung im Land Berlin durch Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin mit dem Gesetz über die Erwachsenenbildung im Land Berlin (EBiG) unterstrichen wurde. Aufgrund der Corona-Pandemie mussten die Arbeitsweisen und Bedingungen dahingehend angepasst werden, dass das Servicezentrum einer nicht vorhersehbaren, stark erhöhten Nachfrage nach digitalen Angeboten für Lernende, Lehrende und VHS-Mitarbeitende gerecht werden musste. Folgend entstanden Verzögerungen beim Aufbau des Servicezentrums in 2020 und nicht alle Investitionen wie eine supportgeeignete Telefonanlage, die Erstausrüstung von (noch nicht besetzten) Arbeitsplätzen, weitere Technik für die Einrichtung eines Tonstudios konnten umgesetzt werden. Des Weiteren mussten interne Fortbildungen für die Mitarbeitenden des Servicezentrums und Fortbildungen für Multiplikatoren sowie die Öffentlichkeitsarbeit des Servicezentrums nachgeholt werden. Die berlinweite Kampagne zur Rückgewinnung von Teilnehmenden anlässlich der Wiedereröffnung der Volkshochschulen für den Präsenzunterricht war und ist unerlässlich. Insbesondere waren verschiedene Dienstleistungen notwendig, wie die Erstellung von Video-Tutorials/Anleitungen und die Entwicklung von Schulungskonzepten beim Tonstudio, die organisatorisch-pädagogische Assistenz (Bereich Diversität, Integration und Inklusion), die Erweiterung und Präsentation/Zugänglichmachung des Programmangebots „Erweiterte Lernwelten“ und sonstige Dienstleistungen zur Unterstützung des fortlaufenden Aufbaus (Bewertungen von Stellen, Anzeigenschaltung für Stellenausschreibungen, Begleitung von Einstellungsverfahren und vieles mehr).

Zur Finanzierung des entstandenen Mehrbedarfs von 82.000 € für Geräte, Ausstattung und Ausrüstungsgegenstände wurde als Ausgleich der Titel 42801 im Kapitel 3611 in voller Höhe herangezogen, da die Personalmittel im Haushaltsjahr 2021 situationsbedingt nicht voll ausgeschöpft werden konnten.

54010	Dienstleistungen	116.000	121.000,00
-------	------------------	---------	------------

Das Servicezentrum der Berliner Volkshochschulen ist eine seit dem 01. Januar 2020 offiziell eröffnete bezirksübergreifende, dennoch sich im Aufbau befindende Organisationseinheit, deren Wichtigkeit zur Erwachsenenbildung im Land Berlin durch Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin mit dem Gesetz über die Erwachsenenbildung im Land Berlin (EBiG) unterstrichen wurde. Aufgrund der Corona-Pandemie mussten die Arbeitsweisen und Bedingungen dahingehend angepasst werden, dass das Servicezentrum einer nicht vorhersehbaren, stark erhöhten Nachfrage nach digitalen Angeboten für Lernende, Lehrende und VHS-Mitarbeitende gerecht werden musste. Folgend entstanden Verzögerungen beim Aufbau des Servicezentrums in 2020 und nicht alle Investitionen wie eine supportgeeignete Telefonanlage, die Erstausrüstung von (noch nicht besetzten) Arbeitsplätzen, weitere Technik für die Einrichtung eines Tonstudios konnten umgesetzt werden. Des Weiteren mussten interne Fortbildungen für die Mitarbeitenden des Servicezentrums und Fortbildungen für Multiplikatoren sowie die Öffentlichkeitsarbeit des Servicezentrums nachgeholt werden. Die berlinweite Kampagne zur Rückgewinnung von Teilnehmenden anlässlich der Wiedereröffnung der Volkshochschulen für den Präsenzunterricht war und ist unerlässlich. Insbesondere waren verschiedene Dienstleistungen notwendig, wie die Erstellung von Video-Tutorials/Anleitungen und die Entwicklung von Schulungskonzepten beim Tonstudio, die organisatorisch-pädagogische Assistenz (Bereich Diversität, Integration und Inklusion), die Erweiterung und Präsentation/Zugänglichmachung des Programmangebots „Erweiterte Lernwelten“ und sonstige Dienstleistungen zur Unterstützung des fortlaufenden Aufbaus (Bewertungen von Stellen, Anzeigenschaltung für Stellenausschreibungen, Begleitung von Einstellungsverfahren und vieles mehr).

Zur Finanzierung des entstandenen Mehrbedarfs von 121.000 € für Dienstleistungen wurde als Ausgleich der Titel 42801 im Kapitel 3611 in voller Höhe herangezogen, da die Personalmittel im Haushaltsjahr 2021 situationsbedingt nicht voll ausgeschöpft werden konnten.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
------------------	-------------	--------	--

702 Sekundarschulen

71400	05K02, Carlo-Schmid-Oberschule: Sanierung Schulgebäude - Brandschutz (Ausfinanzierung SSP), 13581, Lutoner Str. 15/19	---	59.071,36
-------	---	-----	-----------

Die Maßnahme sollte im Rahmen des Schulsanierungsprogramms durchgeführt werden. Die Möglichkeit der Finanzierung ist mit Wegfall des Schulsanierungsprogramms entfallen. Die Finanzierung war nunmehr über den Bezirkshaushalt zwingend abzusichern. Es wurden bereits Aufträge an Firmen vergeben, die aus dem baulichen Unterhalt Schule zwischenfinanziert wurden. Um die laufenden Baumaßnahmen weiterführen und abschließen zu können, war es notwendig, die Finanzierung zu sichern. Ansonsten wäre es zu einem Baustopp gekommen und dadurch ein Schaden für das Land Berlin entstanden.

Zur Finanzierung des entstandenen Mehrbedarfs von 59.071,36 € wurde als Ausgleich Titel 71310 im Kapitel 3701 in voller Höhe herangezogen, da die Investitionsmaßnahme aus der pauschalen Zuweisung weggefallen ist.

3800 Tiefbau und Straßenverwaltung

73812	Neubau des Döberitzer Wegs von Nennhauser Damm bis Fahrländer Weg	---	200.000,00
-------	---	-----	------------

Für die Baumaßnahme Döberitzer Weg waren für das Jahr 2022 Mittel in Höhe von 350.000 € vorgesehen. Die Maßnahme war jedoch bereits so weit fortgeschritten, dass ein Großteil der Maßnahme bereits im Jahr 2021 abgeschlossen wurde und die vereinbarten Zahlungen bereits im Jahr 2021 fällig wurden. Es entstanden im Jahr 2021 Mehrkosten in Höhe von 200.000 €.

Der Ausgleich der Mehrkosten erfolgte aus Investitionsmitteln für die Baumaßnahme Neubau des Seegfelder Wegs im Kapitel 3800, Titel 73831 und der Baumaßnahme Neubau des Finkenkruger Wegs, Kapitel 3800, Titel 73842, deren Bau sich verzögert, sodass die Mittel frei waren. Im Jahr 2022 erfolgt eine Umschichtung der Mittel zwischen den drei Titeln. Die Investitionsplanung ist somit ausgeglichen.

4015 Leistungen für Menschen mit Behinderungen

67182	Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII außerhalb Berlins	---	2.332.000,00
-------	---	-----	--------------

Seit Januar 2020 gilt das Berliner Teilhabegesetz. Mit diesem Gesetz wurden die Änderungen für die Eingliederungshilfe aus dem Bundesteilhabegesetz für Berlin umgesetzt. Zu diesem Zweck wurde im Haushaltsplan 2020/2021 das Kapitel 4015 neu eingerichtet. Im Zuge dieser Neuetatisierung wurde es versäumt, den bislang bei Kapitel 4042, Titel 67182 veranschlagten Ansatz in das neue Kapitel einfließen zu lassen. Dieser Titel wurde inzwischen bei Kapitel 4015 eingerichtet.

Die benötigten Mittel standen im Kapitel 4042, Titel 67182 zur Verfügung und wurden dort als Ausgleich für diese außerplanmäßigen Ausgaben in voller Höhe gesperrt.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
	<i>Überplanmäßige Ausgaben</i>		203.000,00
	<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>		2.591.071,36
	Gesamt		2.794.071,36

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
3306	Serviceeinheit Facility Management		
51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	981.667,62

Die Steganlage Pichelswerder Süd war stark sanierungsbedürftig, insbesondere die Uferbefestigung musste zeitnah erfolgen, um den Bestand der Anlage zu sichern. Um Baumaßnahmen einleiten zu können, war ein fachmännisches Gutachten notwendig und Maßnahmen für die laufende Instandhaltung umgehend einzuleiten. Die Kosten betragen im Jahr 2021 insgesamt 30.000 €.

Die Mittel wurden durch Einsparungen im Kapitel 4510, Titel 51701 „Bewirtschaftungsausgaben“ bereitgestellt.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
	<i>Überplanmäßige VE</i>		<i>0,00</i>
	<i>Außerplanmäßige VE</i>		<i>981.667,62</i>
	Gesamt		981.667,62

**Übersicht über die im Haushaltsjahr 2021
in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen in Steglitz-Zehlendorf (36)**

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über-/ außerplanmäßige Ausgaben
3306	Serviceeinheit Facility Management		
51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	240.000	101.320,78
	<p>Pandemiebedingte Ausgaben für Mobiliar in zusätzlichen Räumen, welche für die Kontaktnachverfolgung angemietet beziehungsweise nach Fremdvermietung wieder ertüchtigt wurden sowie für Spuckschutzwände in diversen Amtsbereichen. Es mussten überplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich geleistet werden.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte im Rahmen der Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.</p>		
51479	Allgemeine Verbrauchsmittel	16.000	51.531,03
	<p>Pandemiebedingte Ausgaben für unter anderem Hygieneartikel und Atemschutzmasken. Es mussten überplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich geleistet werden.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte im Rahmen der Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.</p>		
51701	Bewirtschaftungsausgaben	2.143.000	196.315,65
	<p>Pandemiebedingte Ausgaben für Wachschutz/Einlasskontrolle und Ordnungsdienste (Bezirksverordnetenversammlung [BVV], Bürgerämter, Bibliothek) sowie Hygienereinigung. Es mussten überplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich geleistet werden.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte im Rahmen der Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.</p>		
3320	Geschäftsbereich 2		
67101	Ersatz von Ausgaben	65.000	73.937,38
	<p>Zur Umsetzung des Jugendfördergesetzes (Angebotsform 4 = Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen Prozessen) und für die Finanzierung einer zusätzlichen Stelle im über einen Trägervertrag betriebenen Kinder- und Jugendbüro mussten überplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich bei Kapitel 4010, Titel 42801 geleistet werden (Umwandlung von Personal- in Transfermittel).</p>		
3400	Ordnung im öffentlichen Raum		
42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	2.610.000	678.605,90
	<p>Pandemiebedingte Ausgaben für die aus der Parkraumbewirtschaftung zur temporären Verstärkung des mit zusätzlichen Aufgaben betrauten Allgemeinen Ordnungsdienstes abgeordneten Dienstkräfte. Es mussten überplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich geleistet werden.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte im Rahmen der Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.</p>		
3500	Bürgerdienste, Bürgerämter und Wahlen		
54057	Wahlen	1.000	154.773,34
	<p>Pandemiebedingte Ausgaben für die Anmietung einer Messehalle zur Unterbringung der Briefwahllokale, zusätzlicher Wahlkabinen, Desinfektionsmittelspender, Spuckschutzwände, OP-Masken und Transportdienstleistungen. Es mussten überplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich geleistet werden.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte im Rahmen der Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.</p>		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
------------------	-------------	--------	--

3915 Leistungen für Menschen mit Behinderungen

67133	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen	55.314.000	9.580.940,00
-------	--	------------	--------------

Durch finanzwirksame Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes (BTHG), die bei der Aufstellung des Haushaltsplans noch nicht berücksichtigt werden konnten, mussten überplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich geleistet werden.

Der Ausgleich erfolgte im Rahmen der Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.

4011 Einrichtungen der Jugendarbeit

67101	Ersatz von Ausgaben	1.676.000	103.237,75
-------	---------------------	-----------	------------

Für die befristete Wahrnehmung der Leitungsfunktion der Jugendfreizeiteinrichtung Schottenburg durch den freien Träger im Rahmen der bestehenden Kooperation und bis zur Nachbesetzung der Stelle mussten überplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich bei Kapitel 4011, Titel 42801 geleistet werden (Umwandlung von Personal- in Transfermittel).

4042 Hilfe zur Erziehung und Inobhutnahme

67149	Sozialpädagogische Familienhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz	2.745.000	1.085.211,00
-------	---	-----------	--------------

Durch verstärkte Inanspruchnahme und Entgelterhöhungen mussten bei der vorbeugenden Jugendhilfe zur Vermeidung der Fremderziehung überplanmäßige Ausgaben gegen Ausgleich geleistet werden.

Der Ausgleich erfolgte im Rahmen der Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
--------------------------	--------------------	---------------	---

	<i>Überplanmäßige Ausgaben</i>		12.025.872,83
	<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>		0,00
	Gesamt		12.025.872,83

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
3704	Gymnasien		
70610	Errichtung eines Interimsstandortes auf einem Schulgrundstück; 14129, Beskidenstr. 1-3	---	644.617,17

Für die Beauftragung der Errichtung einer Containeranlage als Interimsmaßnahme für das Werner-von-Siemens-Gymnasium mussten außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
	<i>Überplanmäßige VE</i>		<i>0,00</i>
	<i>Außerplanmäßige VE</i>		<i>644.617,17</i>
	Gesamt		644.617,17

**Übersicht über die im Haushaltsjahr 2021
in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen in Tempelhof-Schöneberg (37)**

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3300	Bezirksbürgermeisterin/Bezirksbürgermeister		
54010	Dienstleistungen	66.500	328.866,80
	Die Mehrausgaben waren für die verschiedenen Maßnahmen zum Masterplan Integration erforderlich. Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 97101		
3306	Serviceeinheit Facility Management		
51701	Bewirtschaftungsausgaben	2.703.000	166.000,00
	Die Mehrausgaben waren für zusätzlichen Wachschatz im Rathaus Schöneberg und in der Rathausstraße sowie für pandemiebedingte zusätzliche Reinigungsmaßnahmen und Verkehrszeichenaufstellung am Pandemiepavillon erforderlich. Der Ausgleich erfolgt gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 gemäß Übersendungsschreiben Basiskorrektur 2021 vom 21. April 2022		
51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2.087.000	99.166,13
	Die Mehrausgaben waren für die Anmietung von Büroflächen für das Zeltsystem Rathausstraße 27 (Gesundheitsamt) erforderlich. Der Ausgleich erfolgt gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 gemäß Übersendungsschreiben Basiskorrektur 2021 vom 21. April 2022		
51900	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5.272.000	759.978,22
	Die Mehrausgaben waren für Baumaßnahmen im Rahmen der baulichen Unterhaltung erforderlich. Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 97101		
3500	Bürgerdienste, Bürgerämter und Wahlen		
54010	Dienstleistungen	65.000	87.263,72
	Die Mehrausgaben waren für zusätzlichen Wachschatz in den Warteräumen der Bürgerämter zur pandemiebedingten Einlasskontrolle und zur Sicherstellung der Abstandsregelungen erforderlich. Der Ausgleich erfolgt gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 gemäß Übersendungsschreiben Basiskorrektur 2021 vom 21. April 2022		
3600	Weiterbildung und Kultur		
51701	Bewirtschaftungsausgaben	---	60.468,39
	Die Mehrausgaben waren für die Betriebskosten der Alten Mälzerei (neuer Standort des Amtes für Weiterbildung und Kultur) erforderlich. Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 97101		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	405.435,00
	Die Mehrausgaben waren für die Mietzahlungen der Alten Mälzerei (neuer Standort des Amtes für Weiterbildung und Kultur) erforderlich.		
	Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 97101 und aus der Neuberechnung 2021		
3810	Landschaftsplanung, Grün- und Freiflächen		
51905	Maßnahmen in Kleingartenkolonien	---	58.405,93
	Die Mehrausgaben waren für die Beräumung der Kantine Ahorngarten auf dem Schöneberger Südgelände nach einem Brandschaden erforderlich.		
	Ausgleich: Kapitel 3810, Titel 51136, 51168, 51403, 51910, 52601, 53111, 68102		
3910	Allgemeine soziale Leistungen		
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	---	116.500,00
	Die Mehrausgaben waren für den Masterplan Integration – Begleitung bei Wohnungsanmietung erforderlich.		
	Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 97101		
4010	Jugendsozialarbeit, Jugendarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz		
67103	Angebote der Jugendarbeit und des Schutzes von Kindern und Jugendlichen nach dem SGB VIII in Form von Leistungsverträgen	3.200.000	519.878,13
	Die Mehrausgaben waren für den Masterplan Integration erforderlich.		
	Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 97101		
4040	Förderung von Familien und familiärer Erziehung		
67161	Förderung der Erziehung in der Familie nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz	899.000	78.000,00
	Die Mehrausgaben waren für den Masterplan Integration – Beratungsangebot in den Flüchtlingsunterkünften – präventiver Kinderschutz erforderlich.		
	Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 97101		
4100	Gesundheit und Jugendgesundheitsdienst		
51479	Allgemeine Verbrauchsmittel	8.000	60.724,86
	Die Mehrausgaben waren für coronabedingte Verbrauchsmittel, wie Desinfektionsmittel, Einmalhandschuhe, Eurospender für Desinfektionsmittel und FFP2 Masken erforderlich.		
	Der Ausgleich erfolgt gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 gemäß Übersendungsschreiben Basiskorrektur 2021 vom 21. April 2022.		
54014	Ordnungsbehördliche Bestattungen	180.000	79.651,95
	Die Mehrausgaben waren für ordnungsbehördliche Bestattungen erforderlich.		
	Ausgleich: Kapitel 4500, Titel 97101		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
--------------------------	--------------------	---------------	---

	<i>Überplanmäßige Ausgaben</i>		2.179.529,81
	<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>		640.809,32
	Gesamt		2.820.339,13

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
--------------------------	--------------------	---------------	---

entfällt

**Übersicht über die im Haushaltsjahr 2021
in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen in Neukölln (38)**

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3300	Bezirksbürgermeisterin/Bezirksbürgermeister		
68432	Zuschüsse für besondere soziale Projekte Mittel für niedrigschwellige und mehrsprachige Informationsvermittlung im Rahmen der Pandemiebekämpfung (Projekt "Interkulturelles Aufklärungsteam Neukölln") Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021	1.000	235.657,15
3304	Serviceeinheit Personal		
54010	Dienstleistungen Um die Testverpflichtung laut Verordnung über erforderliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (InfSchMV) vom 29. März 2021, am 31. März 2021 in Kraft getreten, zu erfüllen, wurde externes Fachpersonal benötigt. Die Leistung, zwei Mal wöchentlich einen kostenlosen Coronatest anzubieten, wurde fremdvergeben und ab April den Beschäftigten in Präsenz vor Ort zur Verfügung gestellt. Aufgrund weiterer aktueller Fassungen der InfSchMV vom 15. Juni 2021 und vom 17. August 2021 belief sich der Zeitraum des Testangebotes bis zum 08. Oktober 2021. Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021	15.000	110.887,65
3306	Serviceeinheit Facility Management		
51408	Dienst- und Schutzkleidung Aufgrund der Corona-Pandemie ist weit über den normalen Bedarf hinaus Ausstattung für den Schutz der Mitarbeitenden benötigt worden. Hierzu zählen unter anderem MNB/FFP2-Masken sowie Schutzmäntel und Handschuhe für Ersthelfende. Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021	1.000	134.822,65
51479	Allgemeine Verbrauchsmittel Aufgrund der Corona-Pandemie sind weit über den normalen Bedarf hinaus diverse Verbrauchsmittel, insbesondere Desinfektions- und Reinigungsmittel (Hand- und Flächendesinfektion) für die Dienstgebäude und in den Schulen angefallen. Des Weiteren wurden Schnelltests benötigt. Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021	30.000	70.247,58
51701	Bewirtschaftungsausgaben Im Pandemiekontext waren auf der Grundlage der Musterhygienepläne in den Schulen, der Musikschule und der Volkshochschule erhöhte Reinigungsleistungen notwendig. Darüber hinaus waren in Bereichen mit bürgernahen Dienstleistungen die pandemiebedingt installierten Spuckschutzwände zu reinigen und in einzelnen Dienstgebäuden pandemiebedingt ein Sicherheitsdienst zu gewährleisten. Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021	18.670.000	596.763,26
54040	Bauvorbereitungsmittel Für im Investitionsprogramm enthaltene Maßnahmen waren Bauvorbereitungsmittel zur Erstellung der Bauplanungsunterlagen notwendig. Ein Ausgleich wird auf der Basis des rollierenden Verfahrens durch die Erstattung aus der Baumaßnahme im ersten Jahr des investiven Ansatzes erwartet.	---	260.256,46

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3500	Bürgerdienste, Bürgerämter und Wahlen		
54057	Wahlen	65.000	60.432,54
	<p>Für das Wahlereignis am 26. September 2021 benötigte das Wahlamt zusätzliche Mittel für die pandemiebedingte Hygieneausstattung der 346 Wahllokale. Aufgrund des Hygienekonzeptes der Landeswahlleitung mussten für alle Wahllokale Desinfektionsspender, Schutzwände, Einmalhandschuhe, Masken, Desinfektionstücher und diverses Kleinmaterial beschafft werden.</p> <p>Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021</p>		
3915	Leistungen für Menschen mit Behinderungen		
67116	Stationäre Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG	---	102.371,64
	<p>Die Zahlungen für behinderte Menschen in stationären Heimen der Hilfe zur Pflege werden seit 2020 bei Kapitel 3915, Titel 67116 abgebildet.</p> <p>Ein Teil des Ausgleichs erfolgt bei dem bisherigen Kapitel 3912, Titel 67116. Ein weiterer Teil des Ausgleichs erfolgte bei Kapitel 3915, Titel 67133.</p>		
4100	Gesundheit und Jugendgesundheitsdienst		
42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	200.000	128.349,32
	<p>Zur Erfüllung der zusätzlichen Aufgaben aufgrund der Corona-Pandemie wurden unter anderem Honorarverträge mit freien Mitarbeitern geschlossen. Diese haben Beratungsdienstleistungen im Coronaabstrichzentrum und am Telefon erbracht, das interkulturelle Aufklärungsteam (IKAT) unterstützt, Kontaktpersonen nachverfolgt, Lageberichte erstellt und aktualisiert sowie Impfungen durchgeführt.</p> <p>Zum Ausgleich der entstandenen Ausgaben, welche sich auf den Leistungszeitraum Januar 2021 bis September 2021 beziehen, wurden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.</p> <p>Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021</p>		
54010	Dienstleistungen	17.000	185.442,29
	<p>Für den Wachschatz für das Coronaabstrichzentrum sowie für das Warteschlangenmanagement im Rahmen von Impfaktionen wurden zusätzliche Mittel benötigt.</p> <p>Für die Wahrnehmung der ärztlichen Aufgaben innerhalb des Pandemiestabes wie zum Beispiel der Erarbeitung von Aufklärungsmaterial zum Infektionsschutz, der Teilnahme an Großeinsätzen sowie der Auswertung von Laborbefunden wurde externes ärztliches Personal durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung Berlin-Brandenburg zur Verfügung gestellt.</p> <p>Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021</p>		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
--------------------------	--------------------	---------------	---

	<i>Überplanmäßige Ausgaben</i>		1.522.602,44
	<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>		362.628,10
	Gesamt		1.885.230,54

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
------------------	-------------	--------	----------------------------------

entfällt

**Übersicht über die im Haushaltsjahr 2021
in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen in Treptow-Köpenick (39)**

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3306	Serviceeinheit Facility Management		
51900	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Mehrausgaben für die Sanierung des Jugendschiffes zum Erhalt als Jugendfreizeiteinrichtung und des Alten Amtshauses, Neue Krugallee 4 und zur Schaffung zusätzlicher Büroflächen. Ausgleich nach § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021	4.690.000	905.097,24
51902	Bauliche Unterhaltung von Schulen und Schulsportanlagen Mehrbedarf für unabweisbare Reparaturen und Havariebeseitigungen. Ausgleich nach § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021	10.185.000	649.228,43
53106	Präventivmaßnahmen zum Gesundheitsschutz Zulassung von Mehrausgaben im Rahmen der Pandemiebekämpfung (Selbsttest, Masken, Spuckschutz). Ausgleich nach § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021	---	302.557,36
3400	Ordnung im öffentlichen Raum		
42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten Einstellung von 20 befristeten Dienstkräften zur Durchsetzung der Infektionsschutzverordnung im Rahmen der Corona-Pandemie. Ausgleich: Verfügungsbeschränkungen bei Kapitel 4500, Titel 42823 in Höhe von 250.000,00 € Kapitel 4500, Titel 46101 in Höhe von 377.000,00 € Kapitel 3600, Titel 42801 in Höhe von 167.051,79 € Kapitel 3502, Titel 42801 in Höhe von 65.123,74 €	---	859.175,53
3600	Weiterbildung und Kultur		
42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten Besetzung einer Stelle im Rahmen der Bestenauslese mit einer Beamtin/einem Beamten. Ausgleich: Verfügungsbeschränkung bei Kapitel 4201, Titel 42201 in Höhe von 121961,82 €	---	121.961,82
3610	Volkshochschulen		
71501	Volkshochschule Baumschulenweg: Ausbau Dachgeschoss; 12437, Baumschulenstraße 81 Finanzierung von bauvorbereitenden Maßnahmen zur denkmalgerechten Sanierung. Ausgleich: Verfügungsbeschränkung bei Kapitel 4011, Titel 71503 in Höhe von 106.625,59 €	100.000	106.625,59

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3620	Musikschulen		
71501	Neubau einer Musikschule in Kooperation mit der VHS und der Tiertafel inkl. Herrichten Außenanlagen; 12437, Mörickestraße Mehrausgaben auf Grund des Baufortschritts. Ausgleich: Verfügungsbeschränkung bei Kapitel 3701, Titel 71351 in Höhe von 2.000.000,00 € Kapitel 3306, Titel 71503 in Höhe von 17.007,60 €	500.000	2.017.007,60
3640	Bibliotheken		
42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten Besetzung einer Stelle im Rahmen der Bestenauslese mit einem Beamten/Beamtin. Ausgleich: Verfügungsbeschränkung bei Kapitel 3502, Titel 42801 in Höhe von 54.941,02 € Kapitel 4201, Titel 42201 in Höhe von 16 332,81 €	---	71.273,83
3701	Grundschulen		
70105	09Gn02, Schule Stillerzeile: Reaktivierung Schulstandort/Neubau Mehrzweckraum mit Mensa/Neubau Sporthalle; 12587, Stillerzeile 100 Finanzierung der bauvorbereitenden Maßnahmen (Refinanzierung der Bauvorbereitungsmittel aus Vorjahren). Ausgleich: Verfügungsbeschränkung bei Kapitel 3702, Titel 70585 in Höhe von 219.761,33 €	500.000	219.761,33
91921	Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 1 und 2 Schulgesetz (Sachausgaben) Bildung von Rücklagen nach § 7 Schulgesetz gemäß Zielvereinbarung. Ausgleich: nicht verbrauchte Mittel bei Kapitel 3701, Titel 81208 in Höhe von 60.000,00 € Kapitel 3701, Titel 81209 in Höhe von 1.248,58 €	1.000	61.248,58
91922	Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 6 Schulgesetz (Sachausgaben) Bildung von Rücklagen nach § 7 Schulgesetz gemäß Zielvereinbarung. Ausgleich: nicht verbrauchte Mittel bei Kapitel 3701, Title 51912 in Höhe von 55.878,05 €	1.000	55.878,05
3702	Sekundarschulen		
70104	09K05, Wilhelm-Bölsche-Schule: Abriss MUR / Container als Ausweichfläche / Errichtung eines Schulgänzungsbaus; 12587, Aßmannstraße 11 Finanzierung der bauvorbereitenden Maßnahmen (Refinanzierung der Bauvorbereitungsmittel aus Vorjahren). Ausgleich: Verfügungsbeschränkung bei Kapitel 3702, Titel 70585 in Höhe von 157.729,46 €	500.000	157.729,46
91921	Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 1 und 2 Schulgesetz (Sachausgaben) Bildung von Rücklagen nach § 7 Schulgesetz gemäß Zielvereinbarung. Ausgleich: nicht verbrauchte Mittel bei Kapitel 3702, Titel 52509 in Höhe von 78.953,19 € Kapitel 3702, Titel 81208 in Höhe von 49.970,26 € Kapitel 3702, Titel 81209 in Höhe von 20.000,00 €	1.000	148.923,45

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
91922	Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 6 Schulgesetz (Sachausgaben) Bildung von Rücklagen nach § 7 Schulgesetz gemäß Zielvereinbarung. Ausgleich: nicht verbrauchte Mittel bei Kapitel 3702, Titel 5912 in Höhe von 14.590,81 € Kapitel 3702, Titel 53405 in Höhe von 153.627,53 €	1.000	168.218,34
3703	Gemeinschaftsschulen		
91921	Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 1 und 2 Schulgesetz (Sachausgaben) Bildung von Rücklagen nach § 7 Schulgesetz gemäß Zielvereinbarung. Ausgleich: nicht verbrauchte Mittel bei Kapitel 3703, Titel 52509 in Höhe von 11.976,92 € Kapitel 3703, Titel 81208 in Höhe von 100.000,00 € Kapitel 3703, Titel 81209 in Höhe von 20.000,00 €	1.000	131.976,92
91922	Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 6 Schulgesetz (Sachausgaben) Bildung von Rücklagen nach § 7 Schulgesetz gemäß Zielvereinbarung. Ausgleich: nicht verbrauchte Mittel bei Kapitel 3703, Titel 51912 in Höhe von 10.053,55 € Kapitel 3703, Titel 53405 in Höhe von 185.221,35 €	1.000	195.274,90
3704	Gymnasien		
91922	Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 6 Schulgesetz (Sachausgaben) Bildung von Rücklagen nach § 7 Schulgesetz gemäß Zielvereinbarung. Ausgleich: nicht verbrauchte Mittel bei Kapitel 3704, Titel 51912 in Höhe von 16.373,64 € Kapitel 3704, Titel 53405 in Höhe von 88.792,97 €	1.000	105.166,61
3715	Sportförderung		
71504	Brandschutzsanierung Olympiastützpunkt Grünau; 12527, Sportpromenade 3 Bereitstellung von Mehrausgaben für Brandschutzsanierung. Ausgleich: Verfügungsbeschränkung bei Kapitel 3705, Titel 71403 in Höhe von 346.126,28 €	---	346.126,28
3800	Tiefbau und Straßenverwaltung		
52101	Unterhaltung des Straßenlands Beseitigung von Schad- und Gefahrenstellen im öffentlichen Straßenland. Ausgleich: Verfügungsbeschränkung bei Kapitel 3800, Titel 73839 in Höhe von 286.458,27 €	3.983.000	286.458,27
3820	Friedhöfe		
71600	Sanierung denkmalgeschützte Urnenanlage neben dem Krematorium Zulassung von Mehrausgaben zur Abdeckung von Kostensteigerungen. Ausgleich: Verfügungsbeschränkung bei Kapitel 3810, Titel 71611 in Höhe von 69.619,90 €	70.000	69.619,90

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
4010 Jugendsozialarbeit, Jugendarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz			
68425	Zuschüsse für freie Jugendarbeit Bereitstellung von Mitteln für das Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes. Ausgleich: Verfügungsbeschränkung bei Kapitel 4000, Titel 42201 in Höhe von 50.000,00 €	1.918.000	50.000,00
4015 Leistungen für Menschen mit Behinderungen			
67133	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen Bereitstellung von Mehrausgaben auf Grund gestiegener Fallkosten. Ausgleich nach § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021	5.743.000	337.532,30
4500 Allgemeine Finanzangelegenheiten			
91910	Zuführung an die Rücklage für Sonderinvestitionen Bildung einer Rücklage aus den nach § 50 Landeshaushaltsordnung umgesetzten Denkmalmitteln der Senatsverwaltung für Kultur und Europa. Ausgleich: nicht verausgabte Mittel bei Kapitel 3306, Titel 71504 in Höhe von 142.311,93 € Alte Gemeindeschule Kapitel 3715, Titel 71503 in Höhe von 1.000.000,00 € Bootshaus Regattastrecke Kapitel 3306, Titel 89151 in Höhe von 2.000.000,00 € Sankt Laurentius Kirche Kapitel 3306, Titel 89152 in Höhe von 1.400.000,00 € Bekenntniskirche	---	4.542.311,93

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
--------------------------	--------------------	---------------	---

	<i>Überplanmäßige Ausgaben</i>		5.665.746,97
	<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>		6.243.406,75
	Gesamt		11.909.153,72

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
3715	Sportförderung		
71504	Brandschutzsanierung Olympiastützpunkt Grünau; 12527, Sportpromenade 3	---	180.000,00

Für die Erhaltung und Wiederherstellung der sicherheitstechnischen Anlagen zum Brandschutz im Olympiastützpunkt Grünau mussten für die sofortige Auftragsvergabe außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zugelassen werden.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
--------------------------	--------------------	---------------	---

	<i>Überplanmäßige VE</i>		<i>0,00</i>
	<i>Außerplanmäßige VE</i>		<i>180.000,00</i>
	Gesamt		180.000,00

**Übersicht über die im Haushaltsjahr 2021
in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen in Marzahn-Hellersdorf (40)**

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3306	Serviceeinheit Facility Management		
51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	425.000	88.029,82
	<p>Pandemiebedingte Mehrausgaben für die Ausstattung des Corona Stützpunktes des Gesundheitsamtes unter anderem mit Schränken, des Weiteren für die Beschaffung von Spuckschutzwänden, mobilen Desinfektionsspendern, Luftbefeuchtern und Infoständern.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 – für pandemiebedingte Belastungen.</p>		
51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	332.000	324.255,67
	<p>Pandemiebedingte Mehrausgaben für die personelle Unterstützung der IT-Stelle durch Inanspruchnahme der Dienstleistung "Arbeitnehmerüberlassung" aus dem Rahmenvertrag des IT-Dienstleistungszentrums Berlin (ITDZ).</p> <p>Der Ausgleich erfolgte gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 – für pandemiebedingte Belastungen.</p>		
51479	Allgemeine Verbrauchsmittel	---	134.074,05
	<p>Pandemiebedingte Mehrausgaben für die Allgemeine Arbeitsschutzausstattung wie zum Beispiel Verbrauchsmaterial, Desinfektionsmittel sowie Beschaffung von FFP2-Masken, zentral für das gesamte Personal.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 – für pandemiebedingte Belastungen.</p>		
51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2.446.000	68.435,38
	<p>Anmietung aufgrund pandemiebedingtem Flächenbedarfs im Forum am Kienberg zur Unterbringung von Dienstkräften, die mit der Kontaktverfolgung beauftragt waren.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 – für pandemiebedingte Belastungen.</p>		
51900	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	610.000	61.900,00
	<p>Einmalige Herrichtungskosten (Anbindung, strukturierte Verkabelung, Einbruchmeldeanlage) aufgrund der Anmietung pandemiebedingtem Flächenbedarfs im Forum am Kienberg.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 – für pandemiebedingte Belastungen.</p>		
54010	Dienstleistungen	287.000	115.598,50
	<p>Dienstleistungsausgaben im Rahmen der Pandemie zur Durchführung von Schnelltests für die Dienstkräfte in vier Bürodienstgebäuden des Bezirksamtes.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 – für pandemiebedingte Belastungen.</p>		
81259	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT	138.000	69.500,00
	<p>Beschaffung eines digitalen Mängelmanagements Servalino. Die wichtigsten Vorteile gegenüber einem analogen sind signifikant und vielfältig: Zeitersparnis, Transparenz und Dokumentation/Auswertung.</p> <p>Ausgleich: Kapitel 3700, Titel 54010 in Höhe von 68.000,00 € Kapitel 3306, Titel 53111 in Höhe von 1.500,00 €</p>		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3500	Bürgerdienste, Bürgerämter und Wahlen		
54057	Wahlen	180.000	180.091,87
	<p>Pandemiebedingte Mehrausgaben aufgrund der Erhöhung der Briefwahl-Stützpunkte und somit der Briefwahlvorstände sowie Aufstockung des Bezirkswahlamtes am Wahltag. Zusätzliche Wahlhelfende wurden rekrutiert für die Zutrittsregulierung. 13 zusätzliche Wahlvorstände mussten in der Wahlnacht einberufen werden. Insgesamt wurden zusätzlich 700 Wahlhelfende benötigt. Weiterhin waren zusätzliche Ausgaben für die Beschaffung von Briefwahlurnen, Mobilfunkgeräten, die Werbung von Wahlhelfenden, die Zahlung von Erfrischungsgeldern und vielem mehr notwendig. Die Ausstattung der Urnen- und Briefwahllokale erfolgte entsprechend der Hygienevorschriften. Zur Sicherstellung der Bearbeitung des erhöhten Briefwahlaufkommens war zusätzlicher Objektschutz erforderlich.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 – für pandemiebedingte Belastungen.</p>		
3701	Grundschulen		
51701	Bewirtschaftungsausgaben	3.644.000	532.426,20
	<p>Höhere Hausreinigungs-, Müll- und Straßenreinigungskosten aufgrund von Tariferhöhungen. Ferner ergaben sich nicht unwesentliche Mehrausgaben durch notwendige, pandemiebedingt zusätzliche Reinigungskosten "Tagesreinigung" und Reinigungskosten für Sommer-/Herbstschulen. Weiterhin kam es aufgrund zusätzlicher Gelder aus dem Bundes- und Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturaufbau der Ganztagsbetreuung zu erforderlichen Neubeschaffungen von Möbeln sowie zu höheren Kosten für die Entsorgung des Altbestandes.</p> <p>Ausgleich: Kapitel 3900, Titel 42201 in Höhe von 532.426,20 €</p>		
3702	Sekundarschulen		
51701	Bewirtschaftungsausgaben	1.208.000	268.781,65
	<p>Mehrausgaben aufgrund von höheren Strom- und Wasserkosten. Weiterhin höhere Hausreinigungs-, Müll- und Straßenreinigungskosten aufgrund von Tariferhöhungen. Ferner ergaben sich nicht unwesentliche Mehrausgaben durch notwendige pandemiebedingte zusätzliche Reinigungskosten "Tagesreinigung".</p> <p>Ausgleich: Kapitel 3700, Titel 51701 in Höhe von 70.000,00 € Kapitel 4201, Titel 42201 in Höhe von 1.307,87 € Kapitel 4100, Titel 42201 in Höhe von 197.473,78€</p>		
3703	Gemeinschaftsschulen		
51701	Bewirtschaftungsausgaben	663.000	103.226,00
	<p>Höhere Hausreinigungs-, Müll- und Straßenreinigungskosten aufgrund von Tariferhöhungen. Ferner ergaben sich nicht unwesentliche Mehrausgaben durch notwendige, pandemiebedingt zusätzliche Reinigungskosten "Tagesreinigung". Weiterhin kam es aufgrund zusätzlicher Gelder aus dem Bundes- und Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturaufbau der Ganztagsbetreuung und zu erforderlichen Neubeschaffungen von Möbeln sowie zu höheren Kosten für die Entsorgung des Altbestandes.</p> <p>Ausgleich: Kapitel 3700, Titel 54010 in Höhe von 82.000,00 € Kapitel 3900, Titel 42201 in Höhe von 11.226,00 € Kapitel 3700, Titel 54010 in Höhe von 10.000,00 €</p>		
81209	Investive IKT-Lehrmittel und -Unterrichtsmaterialien in Schulen	---	198.296,20
	<p>Ausstattung der Wolfgang-Amadeus-Mozart-Schule nach Ende der Sanierung im April 2021 mit IUK-Technik/Interaktive Tafeln. Bei der Planung erfolgte keine Trennung der Mittel nach Mobiliar und IUK-Technik/Interaktive Tafeln. Beides wurde bei Kapitel 3700, Titel 53405 geplant. Nachträgliche Eröffnung von Kapitel 3703, Titel 81209 um zwischen den Ausstattungen zu differenzieren.</p> <p>Ausgleich: Kapitel 3700, Titel 53405 in Höhe von 198.296,20 €</p>		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3704	Gymnasien		
51701	Bewirtschaftungsausgaben	1.048.000	179.898,46
	<p>Höhere Hausreinigungs-, Müll- und Straßenreinigungskosten aufgrund von Tariferhöhungen. Ferner ergaben sich nicht unwesentliche Mehrausgaben durch notwendige, pandemiebedingt zusätzliche Reinigungskosten "Tagesreinigung" und Reinigungskosten für die Sommer-/Herbstschulen.</p> <p>Ausgleich: Kapitel 3700, Titel 67105 in Höhe von 4.657,69 € Kapitel 3900, Titel 42201 in Höhe von 22.112,74 € Kapitel 4201, Titel 42201 in Höhe von 153.128,03 €</p>		
3705	Sonderpädagogische Förderzentren		
51701	Bewirtschaftungsausgaben	549.000	56.295,21
	<p>Höhere Hausreinigungs-, Müll und Straßenreinigungskosten aufgrund von Tariferhöhungen. Ferner ergaben sich nicht unwesentliche Mehrausgaben durch notwendige pandemiebedingte zusätzliche Reinigungskosten "Tagesreinigung".</p> <p>Ausgleich: Kapitel 3700, Titel 54010 in Höhe von 18.000,00 € Kapitel 3900, Titel 42201 in Höhe von 38.295,21 €</p>		
3915	Leistungen für Menschen mit Behinderungen		
68102	Entschädigungen, Ersatzleistungen	---	103.728,12
	<p>Pandemiebedingte Ausgaben, hier Umsetzung von § 1 ff. Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) – zuletzt verlängert bis zum 31. Dezember 2021 - im Bereich Teilhabefachdienst des Amtes für Soziales. Zahlung von Zuschüssen an Fahrdienste, die aufgrund der zeitweiligen Schließung von Einrichtungen Umsatzverluste ausgleichen mussten unter Vorwegabzug aller vorrangigen anderen staatlichen Leistungen (zum Beispiel Kurzarbeitergeld).</p> <p>Der Ausgleich erfolgte gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 – für pandemiebedingte Belastungen.</p>		
4040	Förderung von Familien und familiärer Erziehung		
67123	Unterbringung in besonderen Lebenssituationen außerhalb der Hilfe zur Erziehung	5.466.000	1.315.323,66
	<p>Mehrbedarf für die stationäre Unterbringung Mutter-Vater-Kind nach § 19 Sozialgesetzbuch VIII (Produkt 80944), aufgrund höherer Fallkosten gegenüber dem Zuweisungspreis und gestiegener Fallzahlen für das Jahr 2021. Gründe sind die gestiegenen Bedarfe für die Individualbetreuung für psychisch- oder suchterkrankte Mütter.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 – im Rahmen der Neutralstellung.</p>		
4042	Hilfe zur Erziehung und Inobhutnahme		
67104	Stationäre Hilfen zur Erziehung nach SGB VIII innerhalb Berlins	35.000.000	1.933.333,37
	<p>Mehrbedarf für die stationären Hilfen zur Erziehung nach §§ 34, 35 Sozialgesetzbuch VIII innerhalb Berlin (Produkte: 80396, 80397, 80398, 80399) aufgrund gestiegener Fallzahlen gegenüber der Planmenge und des Anstiegs der Fallkosten aufgrund höherer Hilfebedarfe.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 – im Rahmen der Neutralstellung.</p>		
67130	Hilfe zur Erziehung nach § 27 SGB VIII	2.400.000	681.097,21
	<p>Mehrbedarf für die Hilfe zur Erziehung nach § 27 Sozialgesetzbuch VIII aufgrund der Kürzung der Planmenge und der damit verbundenen geringeren Zuweisung für das Jahr 2021. Gründe sind ein hoher Hilfebedarf, kostenintensive Fälle (insbesondere bei Fällen mit Schulproblemen) und hohe Zahlungen aus dem Vorjahr.</p> <p>Der Ausgleich erfolgte gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 – im Rahmen der Neutralstellung.</p>		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
------------------	-------------	--------	--

67142	Vollzeitpflege in Familien nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz	5.700.000	1.246.937,71
-------	---	-----------	--------------

Mehrbedarf für pädagogisch-therapeutische Leistungen nach § 33 Sozialgesetzbuch VIII der stationären Hilfen in Vollzeitpflege (Produkt: 80160) aufgrund gestiegener Stückkosten gegenüber dem Zuweisungspreis. Zudem waren hohe Zahlungen aus dem Vorjahr zu verzeichnen.

Der Ausgleich erfolgte gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 – im Rahmen der Neutralstellung.

67184	Stationäre Hilfen zur Erziehung nach SGB VIII außerhalb Berlins	15.200.000	282.932,09
-------	---	------------	------------

Mehrbedarf für stationäre Hilfen zur Erziehung nach Sozialgesetzbuch VIII außerhalb Berlins aufgrund gestiegener Fallzahlen bei der sozialpädagogischen Betreuung und bei den Gruppenangeboten. Zudem führten auch die gestiegenen Fallkosten aufgrund hoher Zahlungen aus dem Vorjahr und des Anstiegs des Hilfebedarfs zu den Mehrausgaben. Hinzu kommen Kostensteigerungen aufgrund geänderter Bedarfslagen, Kostensteigerungen bei den Trägern und Entgelterhöhungen. Gründe für die gestiegenen Fallzahlen sind erhöhte Fälle mit Schulproblemen, benachteiligte Lebenslagen der Eltern (zum Beispiel ständig wechselnde Familiensysteme, eine hohe Anzahl Alleinerziehender, viele Hartz-IV-Empfänger, Drogenprobleme und psychische Erkrankungen der Eltern), die eine intensive und langjährige Hilfe der Kinder zur Folge haben.

Der Ausgleich erfolgte bei diversen Personaltiteln aller Abteilungen des Bezirksamtes aufgrund nicht besetzter Stellen.

4100 Gesundheit und Jugendgesundheitsdienst

68432	Zuschüsse für besondere soziale Projekte	---	102.161,38
-------	--	-----	------------

Zuweisung von Mitteln aus dem Integrationsfonds nach Bewilligung der Projekte „Fachberatung und Begleitung in psychischen Problemlagen für Geflüchtete“ und „Suchthilfeberatung für Geflüchtete“.

Ausgleich:

Kapitel 3300, Titel 68432 in Höhe von 102.161,38€

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
--------------------------	--------------------	---------------	---

	<i>Überplanmäßige Ausgaben</i>		7.508.062,80
	<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>		538.259,75
	Gesamt		8.046.322,55

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
------------------	-------------	--------	----------------------------------

3700 Schule und Sport

54075	Baufeldvorbereitungen in Sonderfällen	---	2.053.000,00
-------	---------------------------------------	-----	--------------

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für Baufeldvorbereitungen bei Maßnahmen (Errichtung von Modularen Ergänzungsbauten [MEB], Modularen Ergänzungsbauten in Holzbauweise [HoMEB], TSH), die durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung und die Berliner Immobilienmanagement GmbH umgesetzt werden sowie Leistungen der Bauvorbereitung zur Anmietung/zum Kauf von Containern. Die Baufeldvorbereitung beinhaltet Entwurfs- und Bauleitungskosten, die Abräumung von Grundstücken, die Beseitigung von Bodenverunreinigungen, von Bodenaushub und Bauschutt. Die Ausgaben waren für unten genannte Maßnahmen vorgesehen und wurden gemäß Schreiben der SenFin II LIP 7- HB 6161-8/2018-2-16 vom 09.Juli 2021 basiskorrigiert.

HHJ 2022

-10G33, Ulmen Grundschule, im Kapitel 3700, Titel 54075 für den Neubau der Sporthalle, 12621 Berlin, Ulmenstraße 170.000 €

-10G04, Falken Grundschule, im Kapitel 3700, Titel 54075 für den Abriss und Neubau der Sporthalle, 12689 Berlin, Dessauer Straße 70.000 €

-10Y02, Otto-Nagel-Gymnasium, im Kapitel 3700, Titel 54075 für den Neubau der Sporthalle, 12683 Berlin, Schulstraße 11 63.000 €

-10Y01, Tagore-Gymnasium, Neubau der Sporthalle, 12679 Berlin, Landsberger Allee 467 sowie der Errichtung eines Modularen Ergänzungsbaus, 12679 Berlin, Landsberger Allee 467 B 950.000 €

-10G14, Grundschule unter dem Regenbogen, im Kapitel 3700, Titel 54075 für den Neubau der Sporthalle, 12681 Berlin, Marzahner Chaussee 165 560.000 €

HHJ 2023

-10G14, Grundschule unter dem Regenbogen, im Kapitel 3700, Titel 54075 für den Neubau der Sporthalle, 12681 Berlin, Marzahner Chaussee 165 240.000 €

Der Ausgleich erfolgte im Rahmen der Basiskorrektur.

3701 Grundschulen

51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	---	59.325,00
-------	--	-----	-----------

Betriebs- und Nebenkosten für die Anmietung einer Fläche der Berliner Immobilienmanagement GmbH für die Erstellung eines modularen Neubaus für eine Mensa für die Johann-Strauß-Schule (10G13) in der Cecilienstraße 80/81 für die Jahre 2022 bis 2031 entsprechend des Antrags vom 12. Mai 2021 und der Bestätigung durch die Senatsverwaltung für Finanzen vom 19. Mai 2021.

VE 2022 in Höhe von 6.300 €
 VE 2023 in Höhe von 6.300 €
 VE 2024 in Höhe von 6.300 €
 VE 2025 in Höhe von 6.300 €
 VE 2026 in Höhe von 34.125 €

Der Ausgleich erfolgte im Rahmen der Haushaltswirtschaft.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
------------------	-------------	--------	----------------------------------

51820	Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management	---	135.464,40
-------	--	-----	------------

Mietausgaben für die Anmietung einer Fläche der Berliner Immobilienmanagement GmbH für die Erstellung eines modularen Neubaus für eine Mensa für die Johann-Strauß-Schule (10G13) in der Cecilienstraße 80/81 für die Jahre 2022 bis 2031 entsprechend des Antrags vom 12. Mai 2021 und der Bestätigung durch die Senatsverwaltung für Finanzen vom 19. Mai 2021.

VE 2022 in Höhe von 14.385,60 €

VE 2023 in Höhe von 14.385,60 €

VE 2024 in Höhe von 14.385,60 €

VE 2025 in Höhe von 14.385,60 €

VE 2026 in Höhe von 77.922,00 €

Der Ausgleich erfolgte im Rahmen der Haushaltswirtschaft.

70622	10G36, Grundschule am Naumburger Ring: Errichtung eines Interimsstandortes auf einer Ausweichfläche; 12627, Louis-Lewin-Str. (Nord)	---	3.724.000,00
-------	---	-----	--------------

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zur Ausfinanzierung der Maßnahme: „10G36, Grundschule am Naumburger Ring: Errichtung eines Interimsstandortes auf einer Ausweichfläche; 12627, Louis-Lewin-Str. (Nord)“. Die Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen liegt mit Schreiben II C 16- HB 6161-2/2020-11-11 vom 07. Juli 2021 vor.

Der Ausgleich erfolgte im Rahmen der Basiskorrektur.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
--------------------------	--------------------	---------------	---

	<i>Überplanmäßige VE</i>		<i>0,00</i>
	<i>Außerplanmäßige VE</i>		<i>5.971.789,40</i>
	Gesamt		5.971.789,40

**Übersicht über die im Haushaltsjahr 2021
in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen in Lichtenberg (41)**

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
------------------	-------------	--------	--

3305 Serviceeinheit Finanzen

53106	Präventivmaßnahmen zum Gesundheitsschutz	---	444.629,81
-------	--	-----	------------

Außerplanmäßige Ausgaben für die Beschaffung von Materialien für die Umsetzung der Schutzmaßnahmen in den Ämtern aufgrund der andauernden Corona-Pandemie sowie der Ausstattung, Ver- und Entsorgung, Beschaffung von Materialien für den Betrieb eines Drive-In-Impfzentrums für den Zeitraum bis 30. September 2021. Der Bezirk wurde beauftragt, die Funktionsfähigkeit des von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung angestrebten Drive-In-Impfzentrums an der Landsberger Allee (Parkplatz IKEA) zum 17. Juli 2021 mit oberster Priorität herzustellen. Mit dem Einsatzzeitraum waren Ausgaben unter anderem für den 24 h – Wachschutz, Toiletten, Reinigung, Absperrung des Geländes sowie Catering für die Bundeswehrsoldaten verbunden.

Die Ausgaben spiegeln sich im Unterkonto 390 wieder.

Die Ausgaben wurden gemäß E-Mail SenFin (II D 13) vom 03. September 2021 ohne Ausgleich gebucht, da hier ein Ausgleich zum Jahresabschluss gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021 erfolgte.

3306 Serviceeinheit Facility Management

81279	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen	---	176.461,29
-------	---	-----	------------

Außerplanmäßige Ausgaben für die Beschaffung/Erneuerung einer Rollregalanlage für das Magazin Große-Leege-Straße 103 zur Erweiterung des Zentralarchivs. Die vorhandenen Archivflächen reichten für die Einlagerung der Aktenbestände des Bezirksamtes Lichtenberg nicht mehr aus. Mit dieser Beschaffung konnten die Kapazitäten in ausreichendem Maße erweitert werden, um Bedarfe mittelfristig zu decken. Es konnte damit gewährleistet werden, dass durch die Organisationseinheiten weitere Einlieferungen von Akten in das Archiv erfolgen konnten und keine Büroflächen als Archivflächen genutzt werden mussten. Der Austausch der bisher genutzten einfachen Regale war mit minimalen baulichen Anpassungen verbunden. Die Mittel hierfür standen im Kapitel 3306, Titel 51900 zur Verfügung. Da wegen der Einführung der eAkte ein Zeitraum bis ca. 2026 zu betrachten ist, stellte diese Beschaffung die wirtschaftlichste Variante dar.

Ausgleich:
Kapitel 4500, Titel 97110

3700 Schule und Sport

53403	Ausgaben für den Schülerinnen- und Schülerhaushalt	---	79.668,72
-------	--	-----	-----------

Außerplanmäßige Ausgaben für den Schülerinnen- und Schülerhaushalt. Für den Lichtenberger Schülerinnen- und Schülerhaushalt 2021 hatten sich insgesamt 28 Lichtenberger Schulen beworben. Die pädagogische Begleitung des Schülerinnen- und Schülerhaushalts wurde durch die Servicestelle Jugendbeteiligung e. V. sichergestellt. Für die Ausgestaltung des Schülerinnen- und Schülerhaushalts waren 3.000 € je Schule vorgesehen.

Die Mitteilzusage an die Lichtenberger Schulen erfolgte entsprechend der BA-Vorlage 114/2021 zur Drucksache DS/1985/VIII der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg. Das Bezirksamt Lichtenberg wurde ersucht, zur finanziellen Absicherung und Verstetigung des Projekts "Schüler*innenhaushalt" einen eigenen Haushaltstitel einzurichten. Derzeit waren die Mittel im Titel 53405, Sachmittel und im Titel 52509, Lehr- und Lernmittel im Kapitel 3700 eingestellt.

Ausgleich:
Kapitel 3700, Titel 51404 in Höhe von 20.000 €
Kapitel 3700, Titel 53405 in Höhe von 59.668,72 €

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
------------------	-------------	--------	--

3701 Grundschulen

54010	Dienstleistungen	---	292.390,77
-------	------------------	-----	------------

Für Transportleistungen zur Beförderung von Kindern (Heimkinder, temporäre Ausweichstandorte, PULS-Klassen, Schwimmunterricht, Jugendverkehrsschule) wurden außerplanmäßige Ausgaben in Anspruch genommen. Auch im Haushaltsjahr 2021 war eine Beförderung mit eigenem Personal nicht möglich, weshalb ein externer Dienstleister beauftragt werden musste. Die Ausgaben zur Beförderung von Kindern, die auch im Zusammenhang mit Schulbaumaßnahmen anfielen, waren entgegen der bisherigen Veranschlagung nicht aus dem Titel 51802, Anmietung von Fahrzeugen, sondern aus dem Titel 54010, Dienstleistungen zu finanzieren. Da der Sachverhalt zur Haushaltsplanaufstellung 2020/2021 nicht rechtzeitig umgesetzt werden konnte, musste hier eine buchungstechnische Korrektur erfolgen.

Zudem wurden außerplanmäßige Ausgaben für zusätzliche Pendelverkehre der 11G13 zur 11G35 und von der 11G12 zur 11G35 aufgrund von zu vielen Kindern im Einzugsbereich der Schulen zugelassen. Da die wohnortnahe Beschulung der Grundschulkindern gegeben sein muss, war der Transport zur Auslagerung in die 11G35 zwingend erforderlich.

Ausgleich:

Kapitel 3701, Titel 51802 in Höhe von 180.000 €
Kapitel 3705, Titel 51802 in Höhe von 1.000 €
Kapitel 3700, Titel 54010 in Höhe von 71.390,77 €
Kapitel 3700, Titel 53101 in Höhe von 10.000 €
Kapitel 3700, Titel 53111 in Höhe von 1.000 €
Kapitel 3700, Titel 51408 in Höhe von 15.000 €
Kapitel 3700, Titel 52609 in Höhe von 1.000 €
Kapitel 3700, Titel 52610 in Höhe von 1.000 €
Kapitel 3700, Titel 52703 in Höhe von 2.000 €
Kapitel 3701, Titel 52512 in Höhe von 10.000 €

3800 Tiefbau und Straßenverwaltung

52101	Unterhaltung des Straßenlands	3.397.000	1.000.476,00
-------	-------------------------------	-----------	--------------

Überplanmäßige Ausgaben für das Sonderprogramm Straßensanierung, hier diverse Ausgaben für Unterhaltung von Fahrbahnen, Geh- und Radwegen.

Der Ausgleich erfolgte im Rahmen der Haushaltswirtschaft aus Mitteln der Globalsumme.

4181 Überregionale Gesundheitsaufgaben

68261	Zuschüsse an die BIM für Bauunterhaltungsmaßnahmen	---	1.810.457,00
-------	--	-----	--------------

Außerplanmäßige Ausgaben für die nutzerspezifischen Herrichtungskosten des neuen Mietobjektes der Tuberkulosefürsorgestelle in der Zachertstraße 75 gemäß Projektvereinbarung mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH.

Ausgleich:

Kapitel 4500, Titel 71901

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
--------------------------	--------------------	---------------	---

	<i>Überplanmäßige Ausgaben</i>		1.000.476,00
	<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>		2.803.607,59
	Gesamt		3.804.083,59

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
------------------	-------------	--------	----------------------------------

3306 Serviceeinheit Facility Management

51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	1.453.315,08
-------	---	-----	--------------

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 759.970,70 € für die Anmietung des Mietobjektes für das Bürgeramt 3 in der Normannenstraße 1-2. Die Mittel wurden zur Wahrnehmung der Option zur Vertragsverlängerung für das Mietobjekt Bürgeramt in der Normannenstraße 1-2 für den Zeitraum 01. April 2022 bis 31. März 2032 benötigt. Die Beibehaltung des Standortes ist für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes, zur Erfüllung seiner gesetzlichen Verpflichtungen zwingend notwendig. Die Zustimmung zur Anmietung liegt seitens der Senatsverwaltung für Finanzen mit Schreiben vom 15. März 2021 vor.

Zudem wurden außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für die Anmietung von Flächen für das Bürgeramt 3 des Bezirksamtes Lichtenberg von Berlin im Gebäude des Tierparkcenter Lichtenberg (TPC) der Otto-Schmirgal-Straße 1-7 in 13019 Berlin zugelassen. Der Mietvertrag beläuft sich auf 10 Jahre bis zum 31. März 2031. Die Zustimmung zur Anmietung liegt seitens Senatsverwaltung für Finanzen vor.

Die erforderlichen Mietkosten wurden für die Jahre ab 2022 bei der Haushaltsplanaufstellung berücksichtigt.

3360* Geschäftsbereich Jugendamt

68490	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen	---	87.000,00
-------	--	-----	-----------

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für das bei der Organisationseinheit Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination von der Techniker Krankenkasse geförderte Projekt "Gemeinsam gut & gesund älter werden". Die Mittel der Techniker Krankenkasse wurden als Zuwendung ausgereicht. Die Bewilligung erfolgte im November 2020 und gilt vorerst bis zum 30. Juni 2023. Eine Folgebewilligung bis 31. Dezember 2025 kann nach einer erfolgreichen Inanspruchnahme der Maßnahme erfolgen.

Die erforderlichen Zuwendungsmittel wurden bei der Haushaltsplanaufstellung ab 2022 berücksichtigt.

* Die Bewirtschaftung dieses Kapitels war in 2021 nicht zulässig, da das Kapitel ab dem Haushaltsjahr 2022 eingerichtet wurde. Ursprünglich wurde die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung im Kapitel 3350/68490 veranschlagt.

3700 Schule und Sport

51902	Bauliche Unterhaltung von Schulen und Schulsportanlagen	---	7.657.000,00
-------	---	-----	--------------

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung 2022 für dringend notwendige Sanierungsarbeiten an Schulgebäuden und Schulsporthallen sowie Wartungsarbeiten. Um diese Sanierungsarbeiten in 2022 vollständig durchführen und abrechnen zu können, mussten im Vorgriff auf 2022 bereits im Haushaltsjahr 2021 Ausschreibungen erfolgen. Der rechtzeitige Vorlauf war darüber hinaus notwendig, um die Leitlinie Schulbauunterhalt vollständig umzusetzen.

Interimsmaßnahmen zur Inbetriebnahme Paul-Junius-Straße 69 in Höhe von 150.000 €
Sanierung Sanitär MUR Sewanstraße 223, in Höhe von 200.000 €
Sanierung Sanitär MUR Werneuchner Straße 27, in Höhe von 200.000 €

Die erforderliche Verpflichtungsermächtigung für 2022 wurde bei der Planaufstellung 2022/2023 berücksichtigt.

3701 Grundschulen

70101	11G12, Lew-Tolstoi-Schule: Erweiterung eines Grundschulgebäudes, Neubau Sporthalle und Sanierung Außenanlagen, Römerweg 120	---	3.813.000,00
-------	---	-----	--------------

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung 2022 für die Maßnahme 11G12, Lew-Tolstoi-Schule: Erweiterung eines Grundschulgebäudes, Neubau einer Sporthalle und Sanierung der Außenanlagen (Römerweg 120, 10318 Berlin). Die Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen liegt vor.

Die erforderliche Verpflichtungsermächtigung für 2022 wurde bei der Planaufstellung 2022/2023 berücksichtigt.

70102	11Gn09, zukünftiger Grundschulstandort: Sanierung Schulgebäude, Sporthalle und Außenanlagen, Paul-Junius-Straße 69	---	6.717.364,00
-------	--	-----	--------------

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung 2022 für die Maßnahme 11Gn09, zukünftiger Grundschulstandort: Sanierung Schulgebäude, Sporthalle und Außenanlagen (Paul-Junius-Straße 69, 10369 Berlin). Die Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen liegt vor.

Die erforderliche Verpflichtungsermächtigung für 2022 wurde bei der Planaufstellung 2022/2023 berücksichtigt.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
------------------	-------------	--------	----------------------------------

70620	Temporäre Schulbaumaßnahme (Container) in der Salzmannstraße 3	---	2.226.000,00
-------	--	-----	--------------

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung 2022 für die Maßnahme 11Gn01, Grundschule Blockdammweg: Neubau Grundschule mit Sporthalle (Blockdammweg 60-64, 10318 Berlin; Ehrlichstraße 79). Errichtung eines Interimsstandortes (Salzmannstraße 34, 10319 Berlin). Die Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen liegt vor.

Die erforderliche Verpflichtungsermächtigung für 2022 wurde bei der Planaufstellung 2022/2023 berücksichtigt.

3702 Sekundarschulen

70100	11Kn06, Reaktivierung Sekundarschulstandort: Sanierung Schulgebäude, Sporthalle und Außenanlagen, Paul-Junius-Str. 25/27	---	14.565.000,00
-------	--	-----	---------------

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung 2022 für die Maßnahme 11Kn06, Reaktivierung Sekundarschulstandort: Sanierung Schulgebäude, Sporthalle und Außenanlagen (Paul-Junius-Straße 25/27, 10369 Berlin). Die Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen liegt vor.

Die erforderliche Verpflichtungsermächtigung für 2022 wurde bei der Planaufstellung 2022/2023 berücksichtigt.

70101	11Kn07, zukünftiger Sekundarschulstandort: Neubau eines Schulgebäudes, Sporthalle und Außenanlagen, Wartiner Str. 1-3	---	14.800.000,00
-------	---	-----	---------------

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung 2022 für die Maßnahme 11Kn07, zukünftiger Sekundarschulstandort: Neubau eines Schulgebäudes, Sporthalle und Außenanlagen (Wartiner Str. 1-3, 13057 Berlin). Die Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen liegt vor.

Die erforderliche Verpflichtungsermächtigung für 2022 wurde bei der Planaufstellung 2022/2023 berücksichtigt.

3800 Tiefbau und Straßenverwaltung

73814	Neubau Erschließungsstraße, des westlichen Gehweges und der Grünfläche am Dolgenseecenter	---	100.000,00
-------	---	-----	------------

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zur Beauftragung des Einbaus von Spielgeräten beim Bauvorhaben "Neubau einer Erschließungsstraße, des westlichen Gehweges und der Grünfläche am Dolgenseecenter". Vorwiegend wegen Kostensteigerungen konnte diese Leistung bisher nicht beauftragt werden.

Ausgleich: in 2022

Kapitel 3800, Titel 73811 in Höhe von 100.000 €

Diese Maßnahme ist abgeschlossen und es fallen keine weiteren Kosten an. Eine spätere Finanzierung hätte eine Baustellenunterbrechung bedeutet und weitere Mehrkosten verursacht.

4181 Überregionale Gesundheitsaufgaben

51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	---	807.776,00
-------	--	-----	------------

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für die Anmietung (Betriebs- und Nebenkosten) von Büro- und Praxisräumen (10 Jahre) zur Unterbringung des zentralen Tuberkulosezentrums am Standort Zachertstraße 75, 10315 Berlin (Berliner Immobilienmanagement GmbH [BIM] - Objekt). Der Vertrag zum Mietobjekt Deutsche Meisterstraße 24 wurde gekündigt. Die BIM reichte für die Neuanmietung eine Anmietungsvorlage beim Abgeordnetenhaus von Berlin ein. Die Zustimmung des Abgeordnetenhauses von Berlin liegt vor.

VE 2022: in Höhe von 140.675 €

VE 2023: in Höhe von 66.408 €

VE 2024: in Höhe von 67.704 €

VE 2025: in Höhe von 69.012 €

VE 2026 F: in Höhe von 463.977 €

Die erforderlichen Mietkosten wurden für die Jahre ab 2022 bei der Haushaltsplanaufstellung veranschlagt.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
51820	Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management	---	2.790.000,00
	<p>Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für die Anmietung von Büro- und Praxisräumen (10 Jahre) zur Unterbringung des zentralen Tuberkulosezentrums am Standort Zachertstraße 75, 10315 Berlin (Berliner Immobilienmanagement GmbH - Objekt). Der Vertrag zum Mietobjekt Deutschmeisterstraße 24 wurde gekündigt. Die Berliner Immobilienmanagement GmbH reichte für die Neuankmietung eine Anmietungsanfrage beim Abgeordnetenhaus von Berlin ein. Die Zustimmung des Abgeordnetenhauses von Berlin liegt vor.</p> <p>VE 2022: in Höhe von 209.250 € VE 2023: in Höhe von 279.000 € VE 2024: in Höhe von 279.000 € VE 2025: in Höhe von 279.000 € VE 2026 F: in Höhe von 1.743.750 €</p> <p>Die erforderlichen Mietkosten wurden für die Jahre ab 2022 bei der Haushaltsplanaufstellung veranschlagt.</p>		
54010	Dienstleistungen	---	492.249,45
	<p>Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für die Neuanschaffung von Software für die Röntgenanlage des Zentrums für tuberkulosekranke und -gefährdete Menschen. Die Röntgenanlage für das Tuberkulosezentrum sowie die entsprechende Soft- und Hardware wird von der Firma Philips gestellt. Die Vertragslaufzeit betrug 8 Jahre und lief zum 31. März 2021 aus. Die eingesetzte Software wird zugunsten einer anderen Softwarelösung komplett aufgegeben. Um die vorhandene Röntgenanlage weiter nutzen zu können, bedarf es eines Einsatzes dieser Software sowie neuer betriebskritischer Hardware-Komponenten für die Nutzung der Software "Healthcare-It". Diese Hardware-Komponenten sind teilweise veraltet und nicht mehr kompatibel. Um die gesetzlichen Aufgaben des Gesundheitsamtes zu gewährleisten sowie der Einhaltung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) Sorge zu tragen, war die Neuanschaffung der Software für die bestehende Röntgenanlage unabdingbar.</p> <p>VE 2022: in Höhe von 62.599,95 € VE 2023: in Höhe von 59.262 € VE 2024: in Höhe von 59.262 € VE 2025: in Höhe von 59.262 € VE 2026 F: in Höhe von 251.863,50 €</p> <p>Die erforderlichen Kosten wurden für die Jahre ab 2022 bei der Haushaltsplanaufstellung berücksichtigt.</p>		
67101	Ersatz von Ausgaben	---	751.975,00
	<p>Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung 2022 für die Bereitstellung eines Röntgenmobils mit Assistenzpersonal für die Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgabe des Infektionsschutzgesetzes.</p> <p>Zudem wurden außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für den Abschluss eines Rahmenvertrages über den Transport von vorwiegend Tuberkuloseerkrankten und –verdächtigen zugelassen. Der Rahmenvertrag beginnt am 01. Januar 2022 und ist auf eine Vertragslaufzeit von 4 Jahren festgeschrieben. Es wird dabei von einem jährlichen Auftragsvolumen von 165.480 € ausgegangen. Das Infektionsschutzgesetz schreibt die Übernahme der Transportkosten im Rahmen der Quarantänemaßnahmen vor. Eine Kostenerstattung durch die Krankenkasse ist ausgeschlossen. Es liegt eine gesetzliche Verpflichtung vor.</p> <p>VE 2022: in Höhe von 165.480 € VE 2023: in Höhe von 165.480 € VE 2024: in Höhe von 165.480 € VE 2025: in Höhe von 165.480 €</p> <p>Diese Kosten wurden im Rahmen der Haushaltsplanung ab 2022/2023 berücksichtigt.</p>		
4300	Umwelt- und Naturschutz		
71600	Garagenstandort Amimstraße (Abriss Garagen, Errichtung Lärmschutzmaßnahmen)	---	469.000,00
	<p>Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung 2022 für die wohnraumbegleitende Maßnahme Wegebau Wartenberger Straße.</p> <p>Die Kosten wurden im Rahmen der Haushaltsplanung 2022/2023 veranschlagt.</p>		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
--------------------------	--------------------	---------------	---

	<i>Überplanmäßige VE</i>		<i>0,00</i>
	<i>Außerplanmäßige VE</i>		<i>56.729.679,53</i>
	Gesamt		56.729.679,53

**Übersicht über die im Haushaltsjahr 2021
in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen in Reinickendorf (42)**

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
------------------	-------------	--------	--

3300 Bezirksbürgermeisterin/Bezirksbürgermeister

54008	Besondere Aufwendungen für die Sicherheit Berlins	1.000	138.894,21
-------	---	-------	------------

Infolge der Corona-Pandemie war die umfangreiche Beschaffung von diversen Infektionsschutzmitteln wie zum Beispiel von FFP2-Masken sowie die Durchführung der gesetzspflichtigen Testungen von Beschäftigten notwendig. Darüber hinaus war im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Pandemie die Durchführung der Impfkation „Soziale Brennpunkte/ Hochinzidenzbezirke“ erforderlich.

Ausgleich:

Eine Berücksichtigung als gesonderter Basiskorrekturatbestand erfolgte nicht. Der Ausgleich der Mehrausgaben erfolgte im Rahmen des Ausgleichs für die Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.

3306 Serviceeinheit Facility Management

54010	Dienstleistungen	435.000	182.295,72
-------	------------------	---------	------------

Infolge der Corona-Pandemie wurden zusätzliche Sicherheitsdienstleistungen durch Wachschutzfirmen erforderlich (Corona-Lagezentrum, im Bereich bürgernaher Dienstleistungen, Gesundheitsamt, Abstrichstelle, Impfkation in Grundschule).

Ausgleich:

Eine Berücksichtigung als gesonderter Basiskorrekturatbestand erfolgte nicht. Der Ausgleich der Mehrausgaben erfolgte im Rahmen des Ausgleichs für die Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.

3910 Allgemeine soziale Leistungen

68404	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen im Rahmen der Berliner Kältehilfe	245.000	952.336,59
-------	--	---------	------------

Es mussten für ein weiteres Kältehilfeprojekt auf dem Gelände der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik (KBoN) Mehrausgaben zugelassen werden.

Für bis zu 200 obdachlose Menschen wurde eine Notübernachtungsmöglichkeit für den Zeitraum vom 04. Oktober bis zum 31. Dezember 2021 geschaffen.

Ausgleich:

Eine Berücksichtigung als gesonderter Basiskorrekturatbestand erfolgte nicht. Der Ausgleich der Mehrausgaben erfolgte im Rahmen des Ausgleichs für die Neutralstellung des isolierten Jahresergebnisses gemäß § 12 a Haushaltsgesetz 2020/2021.

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
--------------------------	--------------------	---------------	---

	<i>Überplanmäßige Ausgaben</i>		1.273.526,52
	<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>		0,00
	Gesamt		1.273.526,52

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
------------------	-------------	--------	----------------------------------

3306 Serviceeinheit Facility Management

51701	Bewirtschaftungsausgaben	---	1.386.930,27
-------	--------------------------	-----	--------------

Der Bezirk beabsichtigte im Haushaltsjahr 2021 die gesetzlichen Vorgaben zur Nutzung erneuerbarer Energien nach § 16 des Berliner Energiewendegesetzes durch Aufstellung von Photovoltaik-Anlagen auf Dächern von 6 Schulliegenschaften sowie einer Sporthalle umzusetzen. Für den Abschluss des Vertrages mit der Berliner Stadtwerke KommunalPartner GmbH (BSW) über eine Laufzeit von 18 Jahren war eine Verpflichtungsermächtigung erforderlich. Da entsprechende Vertragsentwürfe erst zum 21. Oktober 2020, zum 03. November 2020 und zum 11. November 2020 durch die BSW vorgelegt wurden, war eine Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsplan 2021 für diesen Zweck nicht vorgesehen. Es musste eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zugelassen werden.

Ausgleich: Verfügungsbeschränkung bei Kapitel 3800, Titel 73840 in gleicher Höhe.

4011 Einrichtungen der Jugendarbeit

81179	Fahrzeuge	---	60.000,00
-------	-----------	-----	-----------

Das Jugendamt beabsichtigt die Ersatzbeschaffung eines Kleintransporters für den Material- und Personentransport für das Jugendamt/die Jugendförderung im Haushaltsjahr 2022. Da das bisherige Fahrzeug (Baujahr 1998) äußerst reparaturanfällig, alt und somit unwirtschaftlich ist, wird dringend ein Ersatzfahrzeug benötigt.

Da aufgrund der sehr langen Lieferzeiten noch im Haushaltsjahr 2021 ein Auftrag/ eine Bestellung ausgelöst werden musste, und eine Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsplan 2021 für diesen Zweck nicht vorgesehen war, musste eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zugelassen werden.

Ausgleich: Verfügungsbeschränkung Kapitel 3704, Titel 71421 in gleicher Höhe

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
--------------------------	--------------------	---------------	---

	<i>Überplanmäßige VE</i>		<i>0,00</i>
	<i>Außerplanmäßige VE</i>		<i>1.446.930,27</i>
	Gesamt		1.446.930,27

Wortlaut der zitierten Rechtsvorschriften

1. Verfassung von Berlin (VvB)

Artikel 88

(1) Haushaltsüberschreitungen dürfen nur mit Zustimmung des Senats im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses vorgenommen werden.

(2) Für Haushaltsüberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung des Abgeordnetenhauses einzuholen.

(3) ...

(4) Für Haushaltsüberschreitungen in den Bezirken können durch Gesetz entsprechende Regelungen getroffen werden.

Artikel 89

(1) Ist der Haushaltsplan zu Beginn des neuen Rechnungsjahres noch nicht festgestellt, so ist der Senat zu vorläufigen Regelungen ermächtigt, damit die unbedingt notwendigen Ausgaben geleistet werden können, um bestehende Einrichtungen zu erhalten, die gesetzlichen Aufgaben und die rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen, Bauvorhaben weiterzuführen und eine ordnungsgemäße Tätigkeit der Verwaltung aufrechtzuerhalten. Für den Bezirkshaushalt ist das Bezirksamt zu ergänzenden Regelungen ermächtigt.

(2) ...

2. Landeshaushaltsordnung (LHO)

§ 37

Über- und außerplanmäßige Ausgaben

(1) Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Einwilligung der Senatsverwaltung für Finanzen. Sie darf nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden. Eine Unabweisbarkeit liegt insbesondere nicht vor, wenn die Ausgaben bis zur Verabschiedung des nächsten Haushaltsgesetzes oder des nächsten Nachtrages zum Haushaltsgesetz zurückgestellt werden können. Eines Nachtrages bedarf es nicht, wenn die überplanmäßigen oder außerplanmäßigen

Ausgaben im Einzelfall einen im jeweiligen Haushaltsgesetz festzusetzenden Betrag nicht übersteigen oder der Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen dienen.

(2) Absatz 1 gilt auch für Maßnahmen, durch die für Berlin Verpflichtungen entstehen können, für die Ausgaben im Haushaltsplan nicht veranschlagt sind.

(3) Über- und außerplanmäßige Ausgaben sollen durch Einsparungen bei anderen Ausgaben in demselben Einzelplan oder Bezirkshaushaltsplan ausgeglichen werden.

(4) Geleistete über- und außerplanmäßige Ausgaben sind dem Abgeordnetenhaus unverzüglich nach dem Abschluss der Bücher (§ 76 Absatz 1) zur Genehmigung vorzulegen, soweit sie einen im Haushaltsgesetz festgelegten Betrag überschreiten. Dem Abgeordnetenhaus sind Fälle von grundsätzlicher Bedeutung oder erheblichem finanziellen Umfang unverzüglich mitzuteilen.

(5) ...

(6) ...

(7) In den Bezirkshaushaltsplänen tritt bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben an die Stelle der Senatsverwaltung für Finanzen das Bezirksamt; über- und außerplanmäßige Ausgaben sind auch der Bezirksverordnetenversammlung zur Genehmigung vorzulegen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann über- und außerplanmäßige Ausgaben in den Bezirkshaushaltsplänen von ihrer Einwilligung abhängig machen.

(8) ...

§ 38

Verpflichtungsermächtigungen

(1) Maßnahmen, die zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren verpflichten können, sind nur zulässig, wenn der Haushaltsplan dazu ermächtigt.
§ 37 Absatz 1, 4 und 7 gilt entsprechend.

(2) Die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen bedarf der Einwilligung der Senatsverwaltung für Finanzen, soweit sie nicht darauf verzichtet.

(3) Die Senatsverwaltung für Finanzen ist bei Maßnahmen nach Absatz 1 von grundsätzlicher oder erheblicher finanzieller Bedeutung über den Beginn und Verlauf von Verhandlungen zu unterrichten.

(4) Verpflichtungen für laufende Geschäfte dürfen eingegangen werden, ohne dass die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 vorliegen. Einer Verpflichtungsermächtigung bedarf es auch dann nicht, wenn zu Lasten übertragbarer Ausgaben Verpflichtungen eingegangen werden, die im folgenden Haushaltsjahr zu Ausgaben führen.

3. Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG)

§ 12

Zuständigkeit der Bezirksverordnetenversammlung

(1) ...

(2) Die Bezirksverordnetenversammlung entscheidet über

1. den Bezirkshaushaltsplan (§ 4 Absatz 1) und die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben;
2. - 13. ...

(3) ...

4. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021 - HG 20/21) zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021)

§ 5

Haushaltsüberschreitungen

(1) ...

(2) ...

(3) Der Betrag nach § 37 Absatz 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung wird für 2020 und 2021 für über- und außerplanmäßige Ausgaben auf jeweils 50.000 Euro festgesetzt. Für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen wird der Betrag nach § 38 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 37 Absatz 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung für 2020 und 2021 auf jeweils 50.000 Euro festgesetzt.

(4) ...